

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/3677 –

Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft – Ideologie, Struktur und Strategien rechtsextremer Parteien und Organisationen

Die Große Anfrage vom 18. August 2009 hat folgenden Wortlaut:

Der Rechtsextremismus steht in einem unauflösbaren Widerspruch zu unserer Verfassung und einer toleranten, freien und friedlichen Gesellschaft. Die rechtsextremistische Weltanschauung ist geprägt von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und einem völkisch bestimmten Nationalismus. Rechtsextremisten missachten die Menschenwürde und bekämpfen die Demokratie und die sie prägenden Werte. Jede Form des politischen Extremismus ist auf die Beseitigung der Demokratie und des Rechtsstaats gerichtet. Letztendlich führt Extremismus in die Diktatur.

Die jüngeren Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien, das Gewaltpotenzial, das verstärkte Werben der Rechtsextremisten unter Jugendlichen und ihre Versuche, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen, mahnen auch viele Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Terrorregimes zur ständigen Wachsamkeit.

Die Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe bleibt eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft und eine unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit. Dabei spielen neben einer konsequenten Durchsetzung der Rechtsordnung insbesondere Information und Aufklärung über die Ideologie und die Strategie von rechtsextremistischen Parteien eine zentrale Rolle.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

(Beantwortung unter Berücksichtigung nachrichtendienstlicher Belange)

I. Ideologie

1. Was sind die Inhalte und Merkmale des Rechtsextremismus?
2. Welche Gefahren ergeben sich daraus für die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Gesellschaft?
3. Welche Tendenzen sind gegenwärtig in der Theorie- und Ideologieentwicklung innerhalb des rechtsextremen Spektrums feststellbar?
4. Wurden aus Rheinland-Pfalz Beiträge zur rechtsextremen Theoriebildung bzw. zu Tendenzen der „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus oder zur wissenschaftlichen Untermauerung des Geschichtsrevisionismus geleistet?
5. Hat die Landesregierung Kenntnisse von rechtsextremen Bildungseinrichtungen, die diesem Zweck dienen?
6. Welche geschlechtsspezifischen Positionen vertreten die rechtsextremen Parteien und Organisationen?

II. Lagebeschreibung

1. Wie viele Personen werden nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet? Wie viele davon werden als gewaltbereit eingestuft? Bitte um Darstellung der Entwicklung über die vergangenen fünf Jahre.

2. Wie viele Personen werden in Rheinland-Pfalz dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet? Wie viele davon werden als gewaltbereit eingestuft? Bitte um Darstellung der Entwicklung über die vergangenen fünf Jahre.
3. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, welche rechtsextremen Frauengruppen es gibt und wie hoch deren Mitgliedszahlen sind? Bitte um Darstellung Bund und Rheinland-Pfalz.
4. Wie hoch ist der Anteil weiblicher Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Rheinland-Pfalz? Welche Rolle bzw. Funktion haben diese Frauen?
5. Sind Frauen auch in Kameradschaften aktiv? Gibt es spezielle Kameradschaften nur für Frauen?
6. Gibt es Bestrebungen in Rheinland-Pfalz, Mädchen und Frauen – insbesondere junge Mütter – zu gewinnen?
7. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl politisch motivierter Straftaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dar?
8. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl politisch motivierter Straftaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre in Rheinland-Pfalz dar?
9. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dar?
10. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre in Rheinland-Pfalz dar?
11. Welche rechtsextremistischen Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse sind in Rheinland-Pfalz aktiv?
12. Welche Ergebnisse haben rechtsextremistische Parteien bei den drei vergangenen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen und den Wahlen zum Europaparlament in Rheinland-Pfalz erzielt?
13. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung die Altersstruktur in rechtsextremistischen Parteien und Organisationen dar?
14. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit der rechtsextremen Szene?
15. Wie viele rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen fanden in den vergangenen fünf Jahren nach Kenntnis der Landesregierung statt? Wie viele Personen haben daran teilgenommen?
16. Welche Finanzquellen stehen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen nach Kenntnis der Landesregierung zur Verfügung?

III. Strategien und Mittel der Rechtsextremisten

1. Mit welchen Strategien versuchen nach Kenntnis der Landesregierung die Rechtsextremisten, insbesondere die NPD, ihre Ideologien umzusetzen und ihre Ziele zu erreichen?
2. Was ist unter der sogenannten „Wortergreifungsstrategie“ zu verstehen und wie wird diese genutzt?
3. Welche Erkennungszeichen und Symbole werden von der rechtsextremistischen Szene benutzt? Stellt die Landesregierung hier eine Veränderung fest?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis über Verlage in Rheinland-Pfalz, die rechtsextreme Materialien vertreiben?
5. Wie stellen sich die Vertriebswege für rechtsextremistisches Propagandamaterial dar?
6. Welche Möglichkeiten stehen der Landesregierung zur Verfügung, um Propaganda und Werbung (z. B. „Schulhof-CDs“ und Schülerzeitungen wie den „Schinderhannes“ oder „Rechts vor links“) zu kontrollieren, einzuschränken oder auch zu verbieten?
7. Welche Rolle spielt Musik bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts?
8. Wie schätzt die Landesregierung die Anziehungskraft rechtsextremistischer Musikgruppen bzw. Konzerte auf nicht rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche und junge Erwachsene ein?
9. Wie viele rechtsextremistische Bands und Liedermacher sind in der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Landesregierung bekannt? Wie viele davon stammen aus Rheinland-Pfalz?

10. Wie viele Konzerte rechtsextremistischer Bands und Liedermacher gab es im vergangenen Jahr nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesgebiet? Wie viele davon in Rheinland-Pfalz? Wie haben sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
11. Wie viele Konzerte wurden von den Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren verboten bzw. aufgelöst?
12. Wie viele Personen haben an den Konzerten in Rheinland-Pfalz teilgenommen?
13. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Alters- und Geschlechtsstruktur der Hörschaft bei rechtsextremistischen Konzerten?
14. Wie werden solche Konzertveranstaltungen organisiert? Welche Kommunikationswege werden benutzt?
15. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über Vertriebsstrukturen rechter Musik?
16. Welche Musikstile spielen die rechtsextremistischen Musikgruppen?
17. Welche Rolle spielen die neuen Medien bei den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen?
18. Hat die Landesregierung Kenntnisse über die Provider von rechtsextremen Websites und gibt es in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden im In- und Ausland?
19. Welche Möglichkeiten stehen der Landesregierung zur Verfügung, um gegen rechtsextreme Internetseiten vorzugehen?

IV. Maßnahmen und Prävention gegen rechtsextremistische Parteien und Organisationen

1. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus?
2. Welche repressiven Maßnahmen werden von der Landesregierung angewandt?
3. Welche Maßnahmen zur Prävention werden von der Landesregierung ergriffen?
4. Welche Maßnahmen kommen speziell im Bildungsbereich zur Anwendung?
5. Was unternimmt die Landesregierung im Bereich der politischen Bildung, um die Kenntnisvermittlung über Demokratie zu fördern?
6. Welche Hilfsangebote existieren für betroffene Jugendliche und Familien?
7. Welche Angebote stehen speziell den Kommunen zur Verfügung?
8. Wie schätzt die Landesregierung die Wirkung eines NPD-Verbotes ein?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 1. Oktober 2009 – wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und das friedliche Zusammenleben der Menschen. Die Rechtsextremisten wollen die Bürgerrechte einschränken und die Demokratie beseitigen.

Die Geschichte lehrt, wohin es führt, wenn Rechtsextremisten an der Macht sind. Die Zeit der Naziterrorherrschaft von 1933 bis 1945 verursachte unsägliches Leid und bleibt ständige Mahnung, dass Freiheit und Demokratie täglich gelebt und geschützt werden müssen.

Die Landesregierung sieht daher in der konsequenten Bekämpfung des Rechtsextremismus eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Rechtsextremisten und ihrer Weltanschauung wird in Rheinland-Pfalz entschieden entgegengetreten. Rechtsextremisten dürfen sich hier nicht auf Dauer verankern oder öffentliche Foren haben. Vorrangiges Ziel bleibt aber, den Ursachen entgegenzuwirken und damit entstehende und bestehende rechtsextremistische Umtriebe frühzeitig einzudämmen.

In diesem Sinne beantwortet die Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

I. Ideologie

1. Was sind die Inhalte und Merkmale des Rechtsextremismus?

Die rechtsextremistische Weltanschauung ist wie keine andere von Menschenverachtung, Feindbilddenken und Aggressivität gekennzeichnet.

Dem Rechtsextremismus liegt weder eine in sich geschlossene, umfassende Ideologie, noch eine verbindliche konzeptionelle Theorie zugrunde. Die Weltanschauung der Rechtsextremisten beruht vielmehr auf dem Zusammenwirken einer Reihe historisch gewachsener, charakteristischer Merkmale. Diese Merkmale sind ebenso unterschiedlich ausgeprägt wie die Strukturen und Strategien der Rechtsextremisten.

Zu den wesentlichen Elementen des Rechtsextremismus gehören:

- Rassismus und Antisemitismus,
- Ethnozentrismus und Nationalismus,
- völkischer Kollektivismus,
- Demokratiefeindlichkeit und Antiliberalismus,
- Antipluralismus und Autoritarismus.

Von zentraler Bedeutung in der rechtsextremistischen Weltanschauung ist das sogenannte biologistische Menschenbild der Ungleichwertigkeit. Rechtsextremisten kategorisieren Menschen willkürlich in höher- und minderwertige Individuen oder Rassen. Den Angehörigen unterschiedlicher Ethnien wird pauschal unterstellt, sie würden über abstammungsbedingte positive oder negative Eigenschaften verfügen. Der „höherwertigen“ Rasse komme das „naturegebene Recht“ zu, die anderen zu beherrschen. Die nach rechtsextremistischem Verständnis idealtypische „reinrassige“ Gesellschaft unterliege vermeintlichen Naturgesetzen wie dem „Recht des Stärkeren“ oder dem „Prinzip der Auslese der Schwachen“.

Der Rassismus der Rechtsextremisten richtet sich gegen eine Vielzahl von Menschen, die pauschal als „Fremde“ bezeichnet werden. Hierzu zählen in erster Linie Migrantinnen und Migranten sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

Kennzeichnend für die rechtsextremistische Weltanschauung ist auch heute noch eine ausgeprägte Judenfeindlichkeit (synonym: Antisemitismus), die vor allem rassistisch motiviert ist. Für viele Rechtsextremisten fungiert der Antisemitismus als eine ideologische Klammer. Er tritt offen zu Tage oder findet in Andeutungen Ausdruck.

Die Vorstellung der Ungleichwertigkeit korreliert mit der Überhöhung der eigenen Ethnie (Ethnozentrismus) und der eigenen Nation (Nationalismus). In der Praxis führt dies zur rigiden Abgrenzung gegenüber anderen Ethnien und Nationen und zu deren systematischer Herabwürdigung und Entrechtung.

Die Nation steht für Rechtsextremisten über den universell geltenden und unveräußerlichen Menschenrechten. Sie fußt in der rechtsextremistischen Gedankenwelt auf einem Volkskollektiv („Volksgemeinschaft“) von Menschen gleicher Abstammung („Rassenation“). Staat, Nation und Volk bilden dabei eine Einheit, in der sich individuelle und Gruppeninteressen denen der Volksgemeinschaft unterzuordnen haben. Der Mensch existiert nicht als Individuum, sondern nur als Teil eines „Volksstammes“.

Demokratiefeindlichkeit, Antipluralismus und Antiliberalismus prägen den Rechtsextremismus. Rechtsextremisten diffamieren das demokratische System als „wesensfremd“, „korrump“ oder „dekadent“. Meinungs- und Parteivielfalt lehnen sie ab. Als Gegenentwurf propagieren die Rechtsextremisten ein autoritäres Staats- und Regierungsmodell mit einer streng hierarchischen Ordnung und der Bindung der Zivilgesellschaft an das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam. Letztendlich findet der „Volkswille“ seine Verkörperung im „Führerprinzip“.

Neben diesen Merkmalen zählen weitere ideologische Versatzstücke zur rechtsextremistischen Weltanschauung, wie beispielsweise der Militarismus, „nationalromantische“ und „nordisch-germanische“ Mythen oder die Verherrlichung der Idee eines (neuen) „Deutschen Reiches“.

Viele Rechtsextremisten lassen eine fehlende Distanz zum Nationalsozialismus oder gar unverhohlene Bewunderung dieses totalitären Herrschaftsmodells erkennen.

2. Welche Gefahren ergeben sich daraus für die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Gesellschaft?

Der Rechtsextremismus richtet sich gegen das friedliche und freie gesellschaftliche Miteinander. Er ist somit eine Gefahr für die Demokratie, die innere Sicherheit, für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und schädigt das Ansehen Deutschlands im Ausland. Ziel der Rechtsextremisten ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen und durch ein autoritäres Unrechtsregime zu ersetzen.

Die Ideologie der Rechtsextremisten steht in unauflösbarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nicht die Würde des Menschen und die unveräußerlichen Menschenrechte sollen den Staat verpflichten, sondern die ethnisch „reine Volksgemeinschaft“ der Deutschen. Dahinter verbirgt sich das Streben, die Interessen der „Volksgemeinschaft“ totalitär durchzusetzen und damit die Gesellschaft durch Ausgrenzung und Entrechtung insbesondere von Minderheiten zu spalten. Betroffen sind beispielsweise politisch Andersdenkende, Menschen mit Migrationshintergrund, Angehörige verschiedener Religionen wie Juden und Muslime, nationale Minderheiten wie Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Obdachlose und Homosexuelle.

Rechtsextremisten denken zwangsläufig in Feindbildern. Ihre eindimensionale Weltsicht ist von „Schwarz-Weiß-Kategorien“ und Verschwörungstheorien getragen. Die Feindbildfixierung führt zu fortwährender Verunglimpfung und Hetze. So werden Aggressionen geschürt und kontinuierlich verstärkt. Gewalt gegen Menschen ist eine Folge. Einzelne Rechtsextremisten schrecken selbst vor schwersten Straftaten wie Mord nicht zurück. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, wie der Mord an einem Arbeitslosen im brandenburgischen Templin am 21. Juli 2008, verdeutlichen dies (s. a. Deutscher Bundestag Drucksache 16/11579 vom 8. Januar 2009).

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht bliebe die Verwirklichung rechtsextremistischer Vorstellungen nicht ohne Folgen. Die von Rechtsextremisten propagierte „raumorientierte Volkswirtschaft“ brächte beispielsweise die totale Abschottung und Kontrolle der Märkte sowie eine umfassende Verstaatlichung privaten Eigentums mit sich. Neben der internationalen Isolierung hätte der vorprogrammierte Niedergang der Wirtschaft unabsehbare Folgen für die sozialen Sicherungssysteme.

Das Treiben der Rechtsextremisten bleibt auch im Ausland nicht unbeachtet. Politische Beobachter und Medien begleiten die Entwicklung äußerst kritisch. Dies wirkt sich negativ auf die Wahrnehmung Deutschlands im Ausland aus.

Angesichts der besonderen Verantwortung vor der Geschichte, die Deutschland trägt, bleibt die Landesregierung bei ihrem Kurs, in engen Schulterschluss mit allen demokratischen Kräften gegen den Rechtsextremismus dauerhaft und konsequent vorzugehen.

3. *Welche Tendenzen sind gegenwärtig in der Theorie- und Ideologieentwicklung innerhalb des rechtsextremen Spektrums feststellbar?*

Von einer kontinuierlichen oder intensiven Theorie- und Ideologieentwicklung kann im Rechtsextremismus nicht gesprochen werden. Die Befassung mit politischer Theorie geht fast ausschließlich von Einzelpersonen aus oder findet in kleinen, meist abgeschotteten Zirkeln statt, die keine Außenwirkung entfalten. Auch die seit mehreren Jahren in der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) erkennbaren Bemühungen blieben bislang selbst in Partei- und Sympathisantenkreisen weitgehend wirkungslos.

Die mangelnde Theorieentwicklung im Rechtsextremismus ist dadurch bedingt, dass im aktuellen rechtsextremistischen Spektrum keine namhaften Personen existieren, die zugleich intellektuell wirken und entscheidend Einfluss auf weite Kreise Gleichgesinnter nehmen könnten.

Ein weiterer Grund für die Defizite in der Theorieentwicklung dürfte das Fehlen einer für die Rechtsextremisten verbindlichen und grundlegenden Ideologie sein. Es existiert im Rechtsextremismus kein vergleichbares ideengeschichtliches Fundament, so wie es viele Linksextremisten über mehrere Jahrzehnte im Marxismus-Leninismus sahen. Die rechtsextremistische Weltanschauung ist von Beginn an fragmentarisch geblieben (s. a. Antwort I. 1.).

Zudem sind gruppenspezifische Veränderungen für die mangelnde Bereitschaft, sich ideologisch zu betätigen, ursächlich. In Teilen der Neonaziszene gibt es einen Trend zur Entpolitisierung zugunsten eines intensiveren Aktionismus. Dies zeigt sich beim Phänomen der „Autonomen Nationalisten“. Hier kann allenfalls vom Vorhandensein weltanschaulicher Versatzstücke oder rudimentärer politischer Vorstellungen gesprochen werden. Diese Szene definiert sich vor allem über ihren Aktionismus und Aufmärsche.

4. *Wurden aus Rheinland-Pfalz Beiträge zur rechtsextremen Theoriebildung bzw. zu Tendenzen der „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus oder zur wissenschaftlichen Untermauerung des Geschichtsrevisionismus geleistet?*

Entsprechende Beiträge sind der Landesregierung nicht bekannt.

5. *Hat die Landesregierung Kenntnisse von rechtsextremen Bildungseinrichtungen, die diesem Zweck dienen?*

Nein.

6. *Welche geschlechtsspezifischen Positionen vertreten die rechtsextremen Parteien und Organisationen?*

Das Frauenbild vieler Rechtsextremisten korreliert mit deren Vorstellungen von der „deutschen“ Familie. Diese ist aus Sicht der Rechtsextremisten „Grundlage des deutschen Volkes und Träger des biologischen Erbes, ist Keimzelle des Staates“. Rechtsextremistische Parteien thematisieren die Rolle der Frau daher hauptsächlich im Kontext mit ihren familien- und bevölkerungspolitischen Vorstellungen. Dabei geben sie sich vordergründig modern, indem z. B. die Berufstätigkeit der Frau nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Zugleich betonen die rechtsextremistischen Parteien allerdings die gesellschaftliche Bedeutung der Frau als Hausfrau und Mutter.

Die NPD tritt in diesem Sinne für ein Frauenbild ein, welches nicht den heutigen Lebensverhältnissen entspricht und damit auch nicht den Vorstellungen der Frau in unserer Gesellschaft: „Die Nationaldemokraten lehnen jede Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung‘ und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus ab. Die Familie ist lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen. (...) Die Familie ist Träger des biologischen Erbes. (...) Die Leistung der Hausfrau ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. (...) Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.“ Zum Thema Gender-Mainstreaming wird die patriarchalische Position vertreten „Ungleiches gleich zu behandeln sei ungerecht“. Auch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) verknüpft wie die NPD die Gleichberechtigung der Frau mit der Mutterrolle.

Ihrem völkischen Konzept entsprechend, fordert die NPD in ihrem „Aktionsprogramm“ Ehecredite, Müttergehälter und Kindergeld, die nur an Ehepaare oder Frauen ohne Migrationshintergrund gezahlt werden sollen, um die Geburtenrate zu steigern. Die Familie wird als Solidargemeinschaft beschrieben, in der es „häufig nicht der Wunsch der Frau nach beruflicher Selbstverwirklichung im Sinne der Emanzipationspropagandisten“ sei, „der viele Paaren zu kinderlosen Doppelverdienern macht, sondern der von den Medien und Werbestrategen suggerierte Drang, immer mehr konsumieren zu müssen“.

So wurde im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) gegründet, um dieses Weltbild für Frauen attraktiv zu machen. Der RNF ist seit dem Bundesparteitag 2008 eine Unterorganisation der NPD. Die Vorsitzende des RNF gehört laut Parteisatzung kraft Amtes dem NPD-Bundesvorstand an. Der RNF versteht sich nach eigener Aussage als eine „Organisation nationaldenkender Frauen in Deutschland“, mit dem Ziel „nationale Frauen stärker in die politische Arbeit einzubeziehen“ und ihnen eine politische Plattform zu bieten. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, „die NPD zu unterstützen, die Arbeit der NPD zu ergänzen“. Es bleibt abzuwarten, wie sich der RNF innerhalb der Partei weiter entwickeln wird und welches Themenspektrum er letztendlich abdecken will.

Beispielhaft für das beschriebene Rollenverständnis war auch die im März 2009 durch den Bundesminister des Innern verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ). Dort gab es das Amt der „Bundesmädelführerin“, deren Aufgabe darin bestand, Mädchen in Brauchtumspflege, Basteln und Küchenarbeiten zu unterweisen, während die gleichaltrigen Jungen paramilitärische Übungen absolvierten.

Vor diesem Hintergrund unterstützen die meisten Frauen im Rechtsextremismus als Ehefrauen oder Lebenspartnerinnen die politischen Ambitionen der Männer, indem sie im Hintergrund agieren. Dazu gehört vor allem die Teilnahme an Demonstrationen, Veranstaltungen und die Übernahme organisatorischer Aufgaben, wie das Anmieten von Räumlichkeiten. Darüber hinaus werden aber zumeist nur nachgeordnete Funktionen im Parteiapparat, wie Delegierte, Beisitzerin und Kassenwartin in regionalen Vorständen wahrgenommen (s. a. Antworten II. 4., 5.).

II. Lagebeschreibung

1. *Wie viele Personen werden nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet? Wie viele davon werden als gewaltbereit eingestuft? Bitte um Darstellung der Entwicklung über die vergangenen fünf Jahre.*

Es gibt im Rechtsextremismus unterschiedliche Organisationsformen und Strömungen. Folgende können im Wesentlichen unterschieden werden:

- Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten,
- Neonationalsozialisten (Neonazis),
- rechtsextremistische Parteien,
- sonstige Rechtsextremisten.

Im Einzelnen

Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Die gewaltbereite, subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene besteht vorwiegend aus informellen, unstrukturierten Gruppierungen (Cliques), die sich mit Schwerpunkt aus dem Skinheadmilieu rekrutieren. Hierarchien sind meist Ergebnis gruppendynamischer Prozesse (Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren). Ideologisch ist dieses Spektrum vor allem durch neonazistisches Gedankengut geprägt. Die politische Auseinandersetzung ist oberflächlich, plakativ und nahezu substanzlos.

Neonationalsozialisten (Neonazis)

Weltanschauliches Vorbild der Neonazis sind die Nationalsozialisten. Es gibt unter ihnen unterschiedliche Strömungen, so auch Befürworter „linksnationalistischer“ Ideen (völkisch-nationalistisch unter stärkerer sozialistischer Wirtschaftsausrichtung als unter der Führung Hitlers im „Dritten Reich“).

Neonazis organisieren sich überwiegend in sogenannten Kameradschaften. Diese weisen in aller Regel im Vergleich zu Vereinen oder vereinsähnlichen Gruppen geringere Organisationsstrukturen auf. Angehörige solcher Gruppierungen und organisationsunabhängige Gesinnungsgenossen titulieren sich u. a. als „Freie Nationalisten“ oder „Freie Kräfte“.

Seit dem Jahr 2004 existiert mit den „Autonomen Nationalisten“ (AN) eine weitere Erscheinungsform im Neonazispektrum. Die AN, zu denen bundesweit heute etwa 500 Personen gezählt werden können, sind betont aktionistisch und gewaltbereit. Das äußere Erscheinungsbild ähnelt dem der linksextremistischen Autonomen. Ideologisch orientieren sich die AN an nationalrevolutionärem Gedankengut. In Rheinland-Pfalz sind bislang keine AN-Strukturen festgestellt worden.

Rechtsextremistische Parteien

Mit der NPD und der DVU gibt es derzeit aktuell zwei bundesweit tätige rechtsextremistische Parteien. Die Aktivitäten dieser Parteien in den Ländern sind unterschiedlich intensiv und haben den Schwerpunkt im Bereich von Agitation und Propaganda. Das Parteienprivileg wird von den rechtsextremistischen Parteien für den Kampf gegen das „System“ missbraucht.

Sonstige Rechtsextremisten

Den sonstigen Rechtsextremisten werden eine Reihe unterschiedlicher, zum Teil nur wenig bekannter Gruppierungen und Einrichtungen (z. B. Bildungszentren, Verlage etc.) zugerechnet. Teile dieses Spektrums pflegen den unverbindlichen Charakter einer losen Bewegung, manche Kleingruppen führen ein abgeschottetes, sektiererisches Dasein.

Zu den bekanntesten Erscheinungsformen unter den sonstigen Rechtsextremisten zählen die Revisionisten, die versuchen, den Nationalsozialismus zu verharmlosen, und die „intellektuelle Rechte“. Diese Kreise treten vornehmlich durch die Entfaltung propagandistischer und publizistischer Aktivitäten in Erscheinung.

Tabellenübersicht rechtsextremistisches Personenpotenzial – Bund 2004 bis 2008

Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Bundesgebiet ist seit mehreren Jahren rückläufig. Dies resultiert vor allem aus kontinuierlichen Mitgliederverlusten bei der DVU und dem Umstand, dass zu der Partei „Die Republikaner“ (REP) keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vorliegen. Die REP sind seit dem Jahr 2007 nicht mehr im Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz erwähnt.

Die gesunkene Gesamtzahl gibt keinen Anlass zur Entwarnung. Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Neonazis, die der subkulturellen, gewaltbereiten Rechtsextremisten bewegt sich auf anhaltend hohem Niveau. Die auch durch neonazistische Inhalte geprägte NPD ist mit bundesweit ca. 7 000 Mitgliedern zwischenzeitlich zur größten und zugleich aggressivsten rechtsextremistischen Organisation geworden.

	2004	2005	2006	2007	2008
Subkulturelle und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten:	10 000	10 400	10 400	10 000	9 500
Neonazis:	3 800	4 100	4 200	4 400	4 800
Parteien:	23 800	21 500	21 500	14 200	13 000
– davon NPD	5 300	6 000	7 000	7 200	7 000
– davon DVU	11 000	9 000	8 500	7 000	6 000
Sonstige:	4 300	4 000	3 800	4 000	3 800
Gesamt (ohne Mehrfachmitgliedschaften) ca.:	40 700	39 000	38 600	31 000	30 000

2. *Wie viele Personen werden in Rheinland-Pfalz dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet? Wie viele davon werden als gewaltbereit eingestuft? Bitte um Darstellung der Entwicklung über die vergangenen fünf Jahre.*

Aktuell leben in Rheinland-Pfalz ca. 3 % der bundesweit erfassten Rechtsextremisten. Bezogen auf 100 000 Einwohner sind dies etwa 25 Rechtsextremisten (Bundesdurchschnitt: ca. 37 Rechtsextremisten je 100 000 Ew.). Das rechtsextremistische Gewaltpotenzial in Rheinland-Pfalz umfasst etwa 1,3 % der bundesweit gezählten rechtsextremistischen Gewaltbereiten bzw. Gewalttäter.

Tabellenübersicht rechtsextremistisches Personenpotenzial – Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008

Entsprechend dem Bundestrend ist auch in Rheinland-Pfalz die Zahl der Rechtsextremisten rückläufig. Der bundesweit in den letzten Jahren kontinuierliche Anstieg in der Neonaziszene vollzog sich in Rheinland-Pfalz zwischen 2007 und 2008 nach mehreren Jahren der Stagnation sprunghaft. Damit einher geht ein Zuwachs der gewaltbereiten Rechtsextremisten entgegen dem Bundestrend.

	2004	2005	2006	2007	2008
Subkulturelle und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten:	100	100	100	100	125
Neonazis:	75 *)	75 *)	75 *)	75 *)	150 **)
Parteien:	1 370	1 400	1 350	700	600
– davon NPD	< 200	> 250	300	300	< 300
– davon DVU	550	550	450	400	300
Sonstige:	100	75	75	175	175
Gesamt (ohne Mehrfachmitgliedschaften) ca.:	1 600	1 600	1 550	1 050	1 000

*) Davon 50 auch in Gewaltbereite eingerechnet.

**) Davon 75 auch in Gewaltbereite eingerechnet.

3. *Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, welche rechtsextremen Frauengruppen es gibt und wie hoch deren Mitgliedszahlen sind? Bitte um Darstellung Bund und Rheinland-Pfalz.*

In den vergangenen Jahren gab es in Deutschland vereinzelte rechtsextremistische Gruppierungen von und für Frauen, die jedoch kaum öffentlich in Erscheinung traten und sich nach kurzer Zeit wieder auflösten. Mit dem RNF trat im Jahr 2006 erstmals eine Organisation auf, die rechtsextremistische „Frauenpolitik“ betreibt. Die Mitgliederzahl dürfte sich derzeit bundesweit auf unter 100 Frauen beschränken. In Rheinland-Pfalz liegen keine Erkenntnisse über Mitglieder oder Aktivitäten der RNF vor (s. a. Antwort I. 6.).

4. *Wie hoch ist der Anteil weiblicher Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Rheinland-Pfalz? Welche Rolle bzw. Funktion haben diese Frauen?*

5. *Sind Frauen auch in Kameradschaften aktiv? Gibt es spezielle Kameradschaften nur für Frauen?*

Rechtsextremisten pflegen ein überkommenes Frauenbild und Rollenverständnis (s. a. Antwort I. 6.). Dies macht die Szene für Frauen eher unattraktiv. Jedoch belegen zahlreiche wissenschaftliche Umfragen, dass Frauen im gleichen Maß wie Männer zu rechtsextremistischen Einstellungen neigen. Gleichwohl zeigt sich dies nicht in der Geschlechterzusammensetzung der rechtsextremistischen Szene. Der Anteil von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen beträgt in Rheinland-Pfalz weit weniger als 20 % und ist seit Jahren konstant.

Dementsprechend sind Frauen auch in herausgehobenen Positionen deutlich unterrepräsentiert. Zwar wird der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz von einer Frau geführt, alle weiteren Führungspositionen auf Landes- und Kreisebene werden jedoch von Männern besetzt. Für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 waren in Rheinland-Pfalz auf NPD-Wahllisten 123 Personen, davon 22 Frauen, nominiert.

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass in Rheinland-Pfalz weibliche DVU-Mitglieder in Parteifunktionen oder sonstige organisatorische Aufgaben eingebunden sind.

Den Vorsitz der bundesweit ca. 600 Mitglieder umfassenden „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene e. V.“ (HNG) mit Sitz in Frankfurt hat eine Rechtsextremistin aus Rheinland-Pfalz inne. Die HNG sieht ihre Hauptaufgabe in der Betreuung inhaftierter „politischer Gefangener“.

In neonazistischen „Kameradschaften“ sind Frauen wenig aktiv. An sogenannten Kameradschaftsabenden nehmen sie in der Regel als Freundinnen oder Lebenspartnerinnen der männlichen Mitglieder teil. Offensichtlich führen das teilweise martialische Auftreten von „Kameradschaften“, Verhaltenskodizes in subkulturell geprägten Netzwerken (etwa der rechtsextremistischen Musikszene) und der teilweise erhebliche Alkoholkonsum dazu, dass Frauen sich von dieser Szene eher abgestoßen fühlen.

Am 15. Juni 2007 wurde auf der Internetseite der „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen“ auf einen „Nationalen Frauenkreis“ hingewiesen. Dort hieß es, dass der „Nationale Frauenkreis“ eine Gruppe von national gesinnten Frauen sei, „die für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ihres Volkes“ eintreten wollen. Aktivitäten des „Nationalen Frauenkreises“ wurden nicht bekannt.

6. Gibt es Bestrebungen in Rheinland-Pfalz, Mädchen und Frauen – insbesondere junge Mütter – zu gewinnen?

Rechtsextremistische Organisationen sind ständig bestrebt, Mitglieder zu werben. Zielgruppe sind insbesondere junge Menschen. Zielgerichtete Werbungen von Mädchen oder Frauen sind in Rheinland-Pfalz jedoch nicht bekannt geworden.

7. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl politisch motivierter Straftaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dar?

Vorbemerkung

Nach dem von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder zum 1. Januar 2001 beschlossenen und im Jahre 2008 fortgeschriebenen Definitionssystem für politisch motivierte Kriminalität zählen hierzu alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen (§§ 80 bis 83, 84 bis 86 a, 87 bis 91, 94 bis 100 a, 102 bis 104 a, 105 bis 108 e, 109 bis 109 h, 129 a, 129 b, 234 a, oder 241 a des Strafgesetzbuches – StGB, darunter insbesondere § 86 a StGB – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Dies gilt seit dem Jahr 2008 selbst dann, wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, so im Falle von durch Unbekannte begangene Hakenkreuzschmierereien.

Im Übrigen fallen hierunter auch Straftaten, die ebenso in der Allgemeinkriminalität begangen werden können (z. B. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Volksverhetzung, Widerstandshandlungen, Sachbeschädigungen usw.), wenn in Würdigung der gesamten Tatumstände und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind, weil sie beispielsweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet oder rassistisch motiviert sind.

Politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts)

Im Bundesgebiet verlief die Fallzahlenentwicklung im Beobachtungszeitraum 2004 bis 2008, bis auf einen leichten Rückgang im Jahr 2007, kontinuierlich steigend. Mit 20 422 gemeldeten Straftaten wurde im Jahr 2008 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 16 % und somit ein neuer Höchststand erreicht. Dabei bilden die sogenannten Propagandadelikte (Verstöße gegen die §§ 86 Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, 86 a Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen StGB) alljährlich den Schwerpunkt mit regelmäßig ca. 70 % der Straftaten.

Der erhebliche Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Propagandadelikte im Jahr 2008 (plus 19,5 %) ist auch auf den geänderten Erfassungsmodus in den Bundesländern zurückzuführen (s. a. Vorbemerkung zu Antwort II. 7.).

Auffällig ist der Anstieg bei den Sachbeschädigungen in 2008 um 46 % auf 1 365 Delikte. Mit ursächlich dafür ist das erhöhte Aufkommen entsprechender Straftaten im Vorfeld von Veranstaltungen und Demonstrationen.

Grundsätzlich unterliegen Fallzahlenentwicklungen zyklischen Schwankungen. Dies kann durch die öffentliche Wahrnehmung solcher Delikte aufgrund der Darstellung in den Medien bedingt sein. Die bereits seit dem Jahr 2006 im Vorfeld der Fußball-WM festzustellende gestiegene mediale Präsenz des Themas Rechtsextremismus und die damit verbundene erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit führten zu einem verstärkten Problembewusstsein und einer regelmäßig erhöhten Anzeigebereitschaft rechtmotivierter Delikte in der Bevölkerung.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-rechts – Bund 2004 bis 2008:

	2004	2005	2006	2007	2008
Tötungsdelikt	6 (V) *)	2 (V)	0	1 (V)	6 (4 V)
Brand-/Sprengstoffanschläge	40	17	19	25	32
Körperverletzung	686	882	976	914	955
Landfriedensbruch	25	44	36	39	48
Andere Gewaltdelikte (Raub etc.)	75	89	84	75	72
Gewaltdelikte gesamt	832	1 034	1 115	1 054	1 113

	2004	2005	2006	2007	2008
Sachbeschädigung	291	583	514	935	1 365
Bedrohung/Nötigung	122	111	169	164	165
Störung der Totenruhe	20	30	15	19	32
Volksverhetzung	2 142	2 350	2 655	2 520	2 238
Propagandadelikte (§§ 86, 86 a StGB)	8 455	10 905	12 629	11 954	14 283
andere Straftaten	691	901	1 045	961	1 226
Straftaten insgesamt	12 553	15 914	18 142	17 607	20 422

*) V = Versuche.

Politisch motivierte Kriminalität-links (PMK-links)

Die Fallzahlen im Bundesgebiet verliefen in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich steigend und erreichten im Jahr 2008 mit 6 724 Straftaten den höchsten Stand seit Einführung des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMK-PMK) im Jahr 2001. Maßgeblichen Anteil daran hat die hohe Anzahl an Sachbeschädigungen (3 265 = 48,6 %).

Den Schwerpunkt stellen seit Jahren Delikte, die sich gegen Personen, Objekte und Veranstaltungen des rechten Spektrums richten. Das Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“, Unterthema „gegen rechts“, welchem 2 966 Straftaten zugeordnet wurden, stellt im Jahr 2008 mit 44,1 % den größten Anteil am Gesamtaufkommen der PMK-links.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-links – Bund 2004 bis 2008:

	2004	2005	2006	2007	2008
Tötungsdelikt	0	1 (V)	1 (V)	2 (V)	3 (V)
Brand-/Sprengstoffanschläge	35	33	50	150	139
Körperverletzung	324	562	626	569	589
Landfriedensbruch	193	373	258	280	214
Gef. Eingriff i. d. Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	42	67	67	48	45
Widerstandsdelikte	178	187	181	175	164
Andere Gewaltdelikte (Raub etc.)	17	17	26	23	34
Gewaltdelikte gesamt	789	1 240	1 209	1 247	1 188
Sachbeschädigung	1 254	1 639	1 732	2 507	3 265
Bedrohung/Nötigung	74	96	90	115	153
Propagandadelikte	179	276	561	214	141
Verstoß gg. das VersG	616	843	913	1 064	1 078
andere Straftaten	609	804	858	719	899
Straftaten gesamt	3 521	4 898	5 363	5 866	6 724

8. Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl politisch motivierter Straftaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre in Rheinland-Pfalz dar?

Politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts)

Die Entwicklung der Fallzahlen weist in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2007 einen kontinuierlichen Anstieg der Straftaten aus. Im Jahr 2008 war erstmalig wieder ein leichter Rückgang der Delikte zu verzeichnen.

Den Schwerpunkt bilden seit Jahren die sogenannten Propagandadelikte (Verstöße gegen die §§ 86, 86 a StGB) mit regelmäßig ca. 70 bis 75 % der Straftaten, gefolgt von den Volksverhetzungsdelikten (§ 130 StGB) mit in etwa 10 bis 15 % am Gesamtaufkommen.

Ursächlich für die konstant hohen Fallzahlen dürften das verstärkte öffentliche Problembewusstsein und die damit zusammenhängende Anzeigebereitschaft sein.

Zudem wurde von den Sicherheitsbehörden der Verfolgungsdruck auf das rechte Spektrum weiter erhöht. Auch durch diese erhöhte Kontrolltätigkeit hat sich die Zahl festgestellter Verstöße erhöht.

Im Bundesvergleich rangiert Rheinland-Pfalz seit Jahren im unteren Drittel der 16 Bundesländer. Die Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) ermöglicht anhand der „Häufigkeitszahlen“ (erfasste Straftaten pro 100 000 Einwohner) einen Vergleich der tatsächlichen Kriminalitätsrate pro Einwohner in den Bundesländern.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-rechts – Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^{*)}
Tötungsdelikt	0	0	0	0	0	0
Brand-/Sprengstoffanschläge	0	0	0	1 (V)	0	0
Körperverletzung	20	19	22	36	24	26
Landfriedensbruch	0	3	0	1	1	0
Andere Gewaltdelikte (Raub etc.)	0	2	2	1	3	2
Gewaltdelikte gesamt	20	24	24	39	28	28
Sachbeschädigung	2	3	1	16	23	22
Bedrohung/Nötigung	4	7	6	14	17	11
Störung der Totenruhe	2	2	2	2	4	1
Volksverhetzung	47	66	79	66	71	59
Bildung terror. Vereinigungen	0	0	0	0	0	0
Propagandadelikte (§§ 86, 86 a StGB)	307	366	426	538	509	383
andere Straftaten	18	20	22	39	56	40
Straftaten insgesamt	400	486	558	713	708	544

*) Stand 31. August 2009.

Politisch motivierte Kriminalität-links (PMK-links)

Von 2004 bis 2008 entwickelten sich die Fallzahlen zyklisch. Der Anstieg der Fallzahlen steht dabei im direkten Zusammenhang mit herausragenden Ereignissen oder ist auf eine Straftatenserie zurückzuführen.

Die stark erhöhten Fallzahlen im Jahr 2005, auch im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität, sind zum Großteil auf Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Besuch des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush am 23. Februar in Mainz sowie Ausschreitungen im Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten anlässlich einer Demonstration am 1. Mai 2005 in Worms zurückzuführen.

Im Jahr 2008 war erstmals seit 2005 wieder ein erheblicher Anstieg der Straftaten registriert worden, der vor allem im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten (Thema „Antifaschismus“) stand. Herausragendes Ereignis waren dabei die demonstrativen Aktionen am 1. Mai 2008 in Kaiserslautern und vor allem in Neustadt a. d. W. Hierbei kam es zu zahlreichen Sachbeschädigungen und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz.

Im Jahr 2009 wurde bereits zum 31. August die Gesamtstrafatanzahl 2008 überschritten (2008: 132; 31. August 2009: 135). Auch hier ist die Konfrontation mit dem politischen Gegner als ursächlich anzusehen. So konnten zahlreiche Sachbeschädigungen an Wahlplakaten rechtsgerichteter Parteien sowie strafbare Handlungen im Umfeld von demonstrativen Gegenveranstaltungen anlässlich rechter Aufmärsche am 1. Mai in Mainz und am 2. Mai in Kaiserslautern und Neustadt a. d. W. festgestellt werden.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-links – Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008:

	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ¹⁾
Tötungsdelikt	0	0	0	0	0	0
Brand-/Sprengstoffanschläge	0	0	0	0	3	0
Körperverletzung	2	6	5	4	6	7
Landfriedensbruch	2	66	4	0	2	7
Gef. Eingriff i. d. Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	4	5	0	0	1	0
Widerstandsdelikte	0	7	2	3	1	1
Andere Gewaltdelikte (Raub etc.)	0	0	0	0	0	0
Gewaltdelikte gesamt	8	84	11	7	13	15
Sachbeschädigung	12	19	46	18	69	65
Bedrohung/Nötigung	1	5	1		1	2
Propagandadelikte	9	7	15	11	3	1
Verstoß gg. das VersG	2)	2)	2)	30	42	35
andere Straftaten	7	46	24	9	4	17
Straftaten gesamt	37	161	97	75	132	135

1) Stand 31. August 2009.
2) Verstöße gegen das VersG wurden bis einschließlich 2006 unter „andere Straftaten“ subsumiert.

9. *Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre nach Kenntnis der Landesregierung bundesweit dar?*

Politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts)

Im Jahr 2008 sind 1 113 Gewaltdelikte bekannt geworden. Dies sind 5,5 % der rechtmotivierten Straftaten. Den Schwerpunkt bilden dabei seit Jahren die Körperverletzungsdelikte. Die meisten Gewaltdelikte werden regelmäßig in dem Themenfeld „Hasskriminalität“, Unterthema „fremdenfeindlich“ und im Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“, Unterthema „gegen links“ eingeordnet.

Die Gewaltdelikte nahmen 2008 um 5,6 % zu. Erstmals seit 2002 mussten zwei vollendete Tötungsdelikte registriert werden.

Politisch motivierte Kriminalität-links (PMK-links)

Seit Jahren stellen auch hier die Körperverletzungsdelikte den größten Anteil im Bereich der Gewaltkriminalität, gefolgt von Landfriedensbruch. Bei der Konfrontation mit dem politischen Gegner kommt es oft zu Körperverletzungen. Größtenteils werden diese Gewaltdelikte anlässlich von Veranstaltungen und Demonstrationen der rechten Szene begangen. So wurden 2008 im Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“, Unterthema „gegen rechts“, 504 Gewaltdelikte verübt, davon 334 Körperverletzungen und 75 Landfriedensbrüche.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-rechts/-links, Gewalttaten – Bund 2004 bis 2008

	Politisch motivierte Gewalttaten rechts	Politisch motivierte Gewalttaten links
2004	832	789
2005	1 034	1 240
2006	1 115	1 209
2007	1 054	1 247
2008	1 113	1 188

10. *Wie stellt sich die Entwicklung der Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (differenziert nach rechtsextremistischen und linksextremistischen) über die vergangenen fünf Jahre in Rheinland-Pfalz dar?*

Politisch motivierte Kriminalität-rechts (PMK-rechts)

Die Belastung hinsichtlich der Gewaltdelikte lag in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren zwischen 3 und 6 % des Gesamtstrafataufkommens. Von den insgesamt 708 Straftaten im Jahr 2008 waren 28 (4 %) der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzurechnen (2007: 39 = 5,5 %). Der Schwerpunkt liegt regelmäßig bei den Körperverletzungsdelikten.

Die deutliche Steigerung im Jahr 2007 auf 39 Gewaltstrafataten, davon allein 36 Körperverletzungsdelikte, ist nicht mit einem bestimmten Ereignis oder einer bestimmten Entwicklung in Zusammenhang zu bringen, sondern vielmehr Ausdruck des zyklischen Verlaufs der Straftatenentwicklung im Bereich PMK.

Auffallend ist die Verschiebung bei den Gewaltdelikten im Jahr 2008 vom Themenfeld „Hasskriminalität“ zum Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung – gegen links“, mit einer Zunahme von vier auf zwölf Delikte. Dies ist ein Zeichen einer zunehmenden Gewalteskalation zwischen Angehörigen der rechten und linken Szene.

Der regionale Schwerpunkt bei Gewaltdelikten lag in den Jahren 2007 (17 von 39) und 2008 (14 von 28) im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Rheinpfalz.

Diese Entwicklung ist u. a. auf die Aktivitäten des rechtsextremistischen „Aktionsbüros Rhein-Neckar“ zurückzuführen, die auch Folge der Aktionen einer starken und gewaltbereiten linken Szene im Bereich Mannheim/Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und Landau sind.

Politisch motivierte Kriminalität-links (PMK-links)

Auffällig ist das erhöhte Fallzahlenaufkommen im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität im Jahr 2005. Dies ist im Wesentlichen auf Ausschreitungen anlässlich der Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Besuch des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush am 23. Februar in Mainz sowie Ausschreitungen im Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten anlässlich einer Demonstration am 1. Mai 2005 in Worms zurückzuführen.

Insgesamt wurden 2005 84 Gewaltdelikte, davon 66 Landfriedensbrüche, registriert. Dies entspricht 52,2 % des Gesamtstrafataufkommens und liegt damit weit über dem durchschnittlichen Wert von ca. 10 bis 15 %.

Übersicht politisch motivierte Kriminalität-rechts/-links, Gewalttaten – Rheinland-Pfalz 2004 bis 2008

	Politisch motivierte Gewalttaten rechts	Politisch motivierte Gewalttaten links
2004	20	8
2005	24	84
2006	24	11
2007	39	7
2008	28	13
2009*)	28	15

*) Stand: 31. August 2009.

11. Welche rechtsextremistischen Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse sind in Rheinland-Pfalz aktiv?

In Rheinland-Pfalz sind derzeit folgende Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse aktiv:

„Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD)

Die NPD verfügt bundesweit über ca. 7 000 Mitglieder. In Rheinland-Pfalz verteilen sich die weniger als 300 Mitglieder der NPD auf zehn Kreisverbände. Die Kreisverbände sind in unterschiedlichem Maß aktiv. Deren bloße Existenz „auf dem Papier“ bedeutet nicht, dass es sich um funktionierende Organisationseinheiten handelt. Einige von ihnen zeigen kaum noch wahrnehmbare Aktivitäten. Aktive Kreisverbände konnten jedoch in Einzelfällen mit medienwirksamen Veranstaltungen öffentliche Beachtung erzielen. Ein Teil der Kreisverbände steht unter der Leitung von in die NPD eingetretenen Neonazis. Einige dieser Kreisverbände unterhalten Kontakte zum „Aktionsbüro Rhein-Neckar“.

„Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Als einzige rechtsextremistische Partei hat die NPD seit 1969 eine auf Bundesebene zahlenmäßig relevante Jugendorganisation mit ca. 400 Mitgliedern. In Rheinland-Pfalz sind derzeit weniger als 20 Mitglieder in der JN organisiert. Anfang 2009 wurde der JN-Stützpunkt Bad Dürkheim bekannt. Über nennenswerte Aktivitäten konnten bislang keine Hinweise gewonnen werden.

„Deutsche Volksunion“ (DVU)

Die DVU mit bundesweit ca. 6 000 Mitgliedern tritt außerhalb von Wahlkämpfen kaum in Erscheinung. Ihre Attraktivität innerhalb der rechtsextremistischen Szene ist gering. Der ca. 300 Mitglieder umfassende Landesverband Rheinland-Pfalz unterhält lediglich im Raum Ludwigshafen am Rhein eine Organisationsstruktur.

„Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten – Landesverband Pfalz“

Die Aktivitäten der Gruppe „Der Stahlhelm“ beschränken sich auf die Durchführung interner Treffen, sogenannter Appelle.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Bei der HNG handelt es sich um den stärksten neonazistischen Personenzusammenschluss. Die bundesweit ca. 600 Mitglieder umfassende HNG versteht sich als Sammelbecken für Neonazis aller Richtungen und dient im Rahmen ihrer „Gefangenenbetreuung“ als zentrale Kontaktstelle für Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Als 1. Vorsitzende fungiert seit Jahren eine bekannte Rechtsextremistin aus Mainz-Gonsenheim.

„Kameradschaften“

„Kameradschaften“ sind auf längere Zeit angelegte, organisationsunabhängige und informelle Personenzusammenschlüsse der rechtsextremistischen Szene mit gemeinsamer ideologischer Ausrichtung. Die Gründung der meisten „Kameradschaften“ erfolgte als Reaktion auf zahlreiche Vereinsverbote in den 90er Jahren des vorausgegangenen Jahrhunderts. Einzelne „Kameradschaften“ haben sich zu sogenannten Aktionsbündnissen oder Aktionsbüros zusammengeschlossen.

Im Internet werden nach wie vor Homepages von „Kameradschaften“ als Unterstützer von „Aktionsbündnissen“ bzw. „-büros“ festgestellt, deren Präsenz lediglich virtuell bleibt. Kameradschaftsmitglieder oder Organisationsstrukturen können diesen, meist nur kurzfristig bestehenden, Internetpräsentationen nicht zugeordnet werden. Sie sollen vielmehr den Eindruck mitgliederstarker Organisationen erwecken. In Rheinland-Pfalz sind derzeit folgende Strukturen öffentlich bekannt:

„Kameradschaft Zweibrücken/Nationaler Widerstand Zweibrücken“

Bei der etwa 15 bis 20 Personen umfassenden Gruppierung handelt es sich um einen Zusammenschluss von Personen des rechtsextremistischen Spektrums aus dem Umkreis von Zweibrücken. Neben internen Treffen organisiert die Gruppe insbesondere im Stadtgebiet von Zweibrücken Aktionen, die jedoch in der Bevölkerung auf keinerlei Akzeptanz stoßen.

„Nationale Sozialisten Mainz-Bingen“

Die „Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen“ betreiben ein Internetportal. Nach eigenen Angaben handelt es sich um ein „Informationsportal über und für freie Nationalisten aus der Region Mainz, Kreuznach und Bingen“. In den regelmäßig erscheinenden Internetbeiträgen wird über Planungen und Aktivitäten der regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Szene berichtet.

„Aktionsbüro Rhein-Neckar“

Dem „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ im Raum Ludwigshafen am Rhein/Mannheim gehören Vertreter von Organisationen aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz an. Das „Aktionsbüro“ koordiniert auch durch seine Internetpräsenz gemeinsame Aktionen, wie z. B. Demonstrationen oder dem gemeinsamen Besuch von rechtsextremistischen Skinheadkonzerten.

Darüber hinaus liegen der Landesregierung weitere Erkenntnisse vor, die jedoch aus Gründen der Geheimhaltung nicht öffentlich beantwortet werden können. Die Parlamentarische Kontrollkommission wird hierüber regelmäßig unterrichtet.

12. Welche Ergebnisse haben rechtsextremistische Parteien¹⁾ bei den drei vergangenen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen und den Wahlen zum Europaparlament in Rheinland-Pfalz erzielt?

Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volkunion“ (DVU)
1999	0,2 %	–
2004	0,7 %	–
2009	–	0,2 %

Ergebnisse der Bundestagswahlen

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volkunion“ (DVU)
1998	0,2 %	0,7 %
2002	0,4 %	–
2005	1,3 %	–

Ergebnisse der Landtagswahlen

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volkunion“ (DVU)
1996	0,4 %	–
2001	0,5 %	–
2006	1,2 %	–

Ergebnisse der Kommunalwahlen (Landesergebnisse der Wahlen zu Stadträten, Räten der kreisfreien Städte und Kreistagen)

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volkunion“ (DVU)
1999	–	–
2004	–	–
2009	0,4 %	–

Ergebnisse der Kommunalwahlen (Landesergebnisse der Wahlen zu Verbandsgemeinderäten)

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volkunion“ (DVU)
1999	–	–
2004	–	–
2009	0,0 % *)	–

*) Landesergebnis. Bei der Wahl zum Verbandsgemeinderat Dahner Felsenland erzielte die NPD 2,5 % der Stimmen und errang ein Mandat (s. u.).

1) Auf eine Darstellung früherer Ergebnisse der Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde verzichtet, da zu der Partei keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vorliegen. Die REP sind seit dem Jahr 2007 nicht mehr im Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz erwähnt.

Mandate rechtsextremistischer Parteien – Kommunalwahl 2009

	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	„Deutsche Volksunion“ (DVU)
Kreistage	4	–
Stadträte, Räte kreisfreier Städte	2	–
Verbandsgemeinderäte	1	–
Räte verbandsfreier Gemeinden	–	1

13. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung die Altersstruktur in rechtsextremistischen Parteien und Organisationen dar?

Die NPD sieht sich selbst als eine junge Partei. Nach außen ist sie um ein attraktives Erscheinungsbild bemüht. Sie erhebt für sich den Anspruch, Wegbereiter einer „sozialen Protestbewegung“ unter Einbeziehung von Neonazis und Skinheads zu sein. In diesem Sinne werden besonders Jugendliche umworben.

Dem Bundestrend entsprechend liegt der Mitgliederbestand des NPD-Landesverbandes mit weniger als 300 Mitgliedern unter dem Niveau des Vorjahres 2008. Etwa die Hälfte der Mitglieder ist jünger als 30 Jahre. Lediglich 10 % sind im Rentenalter.

Die DVU ist aufgrund ihrer verkrusteten Strukturen, dem hohen Anteil älterer Mitglieder und mangels entsprechender Angebote für junge Menschen eher unattraktiv. Hinzu kommt, dass die Partei kaum öffentlichkeitswirksame Werbung betreibt.

14. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit der rechtsextremen Szene?

Die deutsche rechtsextremistische Szene unterhält trotz ihrer grundsätzlich nationalistischen Ausrichtung teilweise Beziehungen zu europäischen Gesinnungsgenossen. Diese reichen von persönlichen Kontakten bis zu losen Verbindungen zwischen Organisationen. Insbesondere bei Konzerten – aber auch zu Demonstrationen, Gedenkfeiern und Parteiveranstaltungen – treffen sich ausländische mit deutschen Rechtsextremisten im In- und Ausland. Hieraus haben sich bislang allerdings weder strukturelle Verzahnungen, noch ein Zusammenschluss als „europäische Rechte“ entwickelt.

An größeren Skinheadkonzerten im Ausland mit bis zu 2 000 Besuchern nehmen auch deutsche Rechtsextremisten und rechtsextremistische Bands aus Deutschland teil und unterstützen die Veranstalter. Sie nutzen den Umstand, dass rechtsextremistische Propagandadelikte im europäischen Ausland oftmals nicht strafbar sind.

Um für ein nationalistisches Europa zu demonstrieren, kommen Gleichgesinnte mehrerer europäischer Ländern jedes Jahr in Budapest zum sogenannten Tag der Ehre zusammen.

Die Rechtsextremisten stimmen sich aber auch ab, wie aktuelle politische Themen instrumentalisiert werden können. So wird die Diskussion über eine „Islamisierung Europas“ im rechtsextremistischen Parteienspektrum in vielen Ländern weiter angefacht. Das Schüren von Ängsten gegen den Islam soll gerade im Vorfeld von Wahlen zu einem Stimmenzuwachs führen und die Öffentlichkeit auf das Szenario eines angeblichen Kulturkampfes einstimmen.

15. Wie viele rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen fanden in den vergangenen fünf Jahren nach Kenntnis der Landesregierung statt? Wie viele Personen haben daran teilgenommen?**Vorbemerkung**

Das Landeskriminalamt bewahrt zu Veranstaltungen aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität-rechts Akten fünf Jahre auf. Sofern es sich um Veranstaltungen handelt, bei denen es zu keinen Straftaten, zu Ordnungswidrigkeiten oder Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen ist, werden personenbezogene Daten bereits nach einem Jahr vernichtet.

Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2004 bis 2009 *) registrierten Kundgebungen und Demonstrationen stellt sich wie folgt dar:

	Anzahl der Kundgebungen bzw. Demonstrationen rechts
2004	9
2005	15
2006	10
2007	15
2008	12
2009 *)	10

*) Stand: 31. August 2009.

Dabei sind folgende Veranstaltungen erwähnenswert:

2004:

Demonstrationen am 8. Mai in Marienfels und am 20. November in Nastätten mit jeweils ca. 150 Teilnehmenden.

2005:

Demonstrationen am 1. Mai in Frankenthal und Worms mit jeweils ca. 180 Teilnehmenden, am 28. Mai in Marienfels (ca. 150 Teilnehmende) und am 1. Oktober in Alzey (ca. 120 Teilnehmende).

2006:

Demonstration am 13. Mai in Marienfels (ca. 75 Teilnehmende) mit einer Folge-Demonstration in Koblenz (ca. 100 Teilnehmende).

2007:

Doppeldemonstrationen am 21. Juli zunächst in Zweibrücken mit Verlagerung nach Pirmasens (jeweils ca. 70 Teilnehmende) und weitere am 3. Oktober in Germersheim/Speyer (jeweils ca. 150 Teilnehmende) sowie am 17. November in Nassau/Nastätten (150 bzw. 170 Teilnehmende).

2008:

Doppeldemonstration am 23. Februar in Wörrstadt/Saulheim (jeweils ca. 70 Teilnehmende), eine Demonstration am 6. April in Ludwigshafen am Rhein (ca. 100 Teilnehmende), eine Doppeldemonstration am 1. Mai in Kaiserslautern mit Verlagerung nach Neustadt/a. d. W. (ca. 250 bzw. 300 Teilnehmende) und eine Kundgebung am 23. November in Bretzenheim (ca. 80 Teilnehmende).

2009:

Demonstration am 14. März in Zweibrücken (ca. 75 Teilnehmende), der geplante Umzug von ca. 175 Rechtsextremisten am 1. Mai in Mainz wurde von Gegendemonstranten verhindert, die Kundgebung am 2. Mai in Kaiserslautern mit Verlagerung nach Neustadt/a. d. W. hatte ca. 130 bzw. 80 Teilnehmende, Demonstration am 27. Juli in Nieder-Olm mit 55 Teilnehmenden.

Doppeldemonstrationen wurden von der Szene initiiert, um trotz des begrenzten Mobilisierungspotenzials eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen.

Alle übrigen Versammlungen mit Kundgebungscharakter hatten eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von zirka zehn bis 30 Personen, die aus der jeweiligen Region kamen.

Neben den erwähnten Versammlungen fanden weitere rechtsmotivierte Veranstaltungen oder Aktionen, wie z. B. Vortrags- und Rednerveranstaltungen, „Kameradschaftstreffen“, Grill- und „Sonnwendfeiern“, „Wikingerspiele“, Zeltlager oder Burgenwanderungen statt.

16. Welche Finanzquellen stehen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen nach Kenntnis der Landesregierung zur Verfügung?

Rechtsextremistische Parteien wie die NPD und die DVU finanzieren sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Hinzu kommen sonstige Einnahmen wie etwa Sonderbeiträge von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Landtagen und kommunalen Vertretungskörperschaften, Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit, sonstigem Vermögen, aus Veranstaltungen und dem Verkauf von Druckschriften.

Außerdem erhalten die Parteien staatliche Mittel als Teilfinanzierung der ihnen allgemein nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten nach Maßgabe des § 18 des Parteiengesetzes. Diese Mittel orientieren sich an der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen bei der letzten Europa-, Bundestags- oder Landtagswahl sowie an einem Zusatzbetrag, der sich nach den von ihnen eingeworbenen Zuwendungen durch Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie Parteispenden bemisst. Anspruch auf staatliche Mittel haben Parteien, die nach dem Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 % oder einer Landtagswahl 1,0 % der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben.

Mittelbar können den Parteiorganisationen, soweit sie mit Fraktionen in Landtagen vertreten sind, auch staatliche Zuschüsse der Länder an die Landtagsfraktionen zugutekommen.

Unterstützerinnen und Unterstützern von Parteien steht eine Steuerermäßigung von bis zu 50 v. H. ihrer Mitgliedsbeiträge und Parteispenden nach § 34 g bzw. ein Sonderausgabenabzug nach § 10 b des Einkommensteuergesetzes zu; über diese steuerlichen Vergünstigungen werden Parteien mittelbar begünstigt.

Darüber hinaus sind weitere staatliche Leistungen denkbar, die mittelbar Parteien zugutekommen können, z. B. Zuwendungen an Jugendorganisationen von Parteien und parteinahe Stiftungen, die kostenlose Überlassung von Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen sowie die kostenlose Bereitstellung kommunaler Einrichtungen für die Parteien.

Im aktuellen Bundesrechnungsbild 2007 der NPD sind Einnahmen in Höhen von 2 199 056 € ausgewiesen. Die größten Posten bilden Spenden von natürlichen Personen (866 954 €), staatliche Mittel (561 692 €) sowie Mitgliedsbeiträge (553 834 €). Diese machen zusammen einen Anteil von ca. 90 % der Gesamteinnahmen der Partei aus. Die restlichen Einnahmen bilden Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge, Spenden von juristischen Personen, Einnahmen aus sonstigem Vermögen, Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen sowie sonstige Einnahmen.

In Rheinland-Pfalz verzeichnet die NPD Einnahmen in Höhe von 40 160 €. Eine Finanzierung erfolgt auch hier größtenteils über Mitgliedsbeiträge (12 685 €), Spenden (11 245 €) und staatliche Mittel (10 528 €). Dies ergibt für Rheinland-Pfalz einen Anteil von ca. 85 % an den Gesamteinnahmen.

Der Bundesrechnungsbildungsbericht der DVU für 2007 weist Gesamteinnahmen von 738 395 € aus. Diese gliedern sich fast ausschließlich in die Posten Spenden (363 430 €), staatliche Mittel (225 763 €), Mitgliedsbeiträge (92 165 €) und Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge (55 853 €). Diese machen zusammen über 99 % der Gesamteinnahmen aus. Für Rheinland-Pfalz weist der Rechnungsbildungsbericht lediglich Gesamteinnahmen von 62,53 € aus.

Rechtsextremistische Vereine erheben Mitgliedsbeiträge, sind aber nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden finanziell auch auf Spenden durch Sympathisanten angewiesen. Zum Teil werden geringe Erlöse aus dem Verkauf vereinseigener Zeitschriften erzielt.

Rechtsextremistische „Kameradschaften“ verfügen in der Regel über „Kameradschaftskassen“, in die regelmäßige, eher niedrig bemessene „Mitgliedsbeiträge“ sowie kleinere Spenden fließen. Diese Gelder werden dann für gemeinschaftliche Aktivitäten wie „Kameradschaftsabende“, Stammtische, Fahrten zu Veranstaltungen sowie für politische Propaganda genutzt.

Darüber hinaus ist sowohl auf Bundesebene als auch in Rheinland-Pfalz festzustellen, dass bei Veranstaltungen, Konzerten oder größeren Partys durch Kostenbeiträge und Spenden mitunter durchaus beachtliche Einnahmen erzielt werden können. Insbesondere bei größeren rechtsextremistischen Musikveranstaltungen sind auch Gewinne möglich. Allerdings stehen den Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Getränkeverkauf oder Verkaufsstandgebühren, die rechtsextremistische Händler (Verkauf von Devotionalien, Musikträgern etc.) bei Konzerten an die Veranstalter zahlen müssen, naturgemäß Ausgaben für die Veranstaltungsräume, Technik, Gagen der Bands, Wareneinkauf u. a. gegenüber.

III. Strategien und Mittel der Rechtsextremisten

1. *Mit welchen Strategien versuchen nach Kenntnis der Landesregierung die Rechtsextremisten, insbesondere die NPD, ihre Ideologien umzusetzen und ihre Ziele zu erreichen?*
2. *Was ist unter der sogenannten „Wortergreifungsstrategie“ zu verstehen und wie wird diese genutzt?*

Die Entwicklung von Strategien und/oder der Wille, vorausschauend zu planen, sind nicht in allen Bereichen des Rechtsextremismus gleichermaßen erkennbar. So herrschen in weiten Teilen des subkulturell-gewaltbereiten Milieus eine ausgeprägte Theoriemüdigkeit und ein Mangel an ideologischer Substanz. Rechtsextremisten aus diesem Spektrum ist mehr an einer weltanschaulich vage und diffus unterfütterten erlebnisorientierten Freizeitgestaltung gelegen als an einer konsequenten Umsetzung politischer Zielvorstellungen auf der Grundlage differenzierter Strategien.

Die NPD hingegen gehört zu den rechtsextremistischen Organisationen mit strategischen Vorstellungen. Sie verfolgt zur Erreichung ihrer Ziele im Wesentlichen eine „Vier-Säulen-Strategie“:

- „Kampf um die Straße“ (seit 1997),
- „Kampf um die Köpfe“ (seit 1997),
- „Kampf um die Parlamente“ (seit 1997) und
- „Kampf um den organisierten Willen“ (seit 2004).

Der „Kampf um die Straße“ dient der NPD und ihren Sympathisanten dazu, sich durch größtmögliche Mobilisierung medienwirksam öffentlich in Szene zu setzen. Die Mobilisierung schließt Neonazis und rechtsextremistische Skinheads mit ein. Bei den Bürgerinnen und Bürgern soll durch Präsenz Aufmerksamkeit erzeugt werden. Ziel ist die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ zu den etablierten politischen Kräften.

Der „Kampf um die Köpfe“ zielt auf die Verbreitung der „völkisch-nationalen Programmatik“ der NPD im Rahmen der täglichen politischen Auseinandersetzung. Zudem sollen im Sinne dieser strategischen Position intellektuelle Netzwerke aufgebaut und die Theoriebildung und Schulung der eigenen Mitglieder vorangetrieben werden.

Durch den „Kampf um die Parlamente“ will die NPD eine dauerhaft breite parlamentarische Basis auf allen Ebenen schaffen und sich eine Stammwählerschaft erschließen. Zudem verschaffen Mandate in Parlamenten der NPD die Möglichkeit, diese für Propagandazwecke zu instrumentalisieren. Um dies zu erreichen, ist der rechtsextremistischen Partei zunächst an einer kommunalen Verankerung gelegen. Die NPD betreibt daher punktuell material- und personalintensive Wahlkämpfe, wenn sie sich hiervon Erfolge verspricht. Mit Blick auf die ausgesprochen schlechte finanzielle Lage der NPD dient der „Kampf um die Parlamente“ auch dazu, Zuweisungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhalten.

Der „Kampf um den organisierten Willen“ zielt auf den Aufbau einer „Volksfront von Rechts“ durch „Bündelung der nationalen Kräfte“. Gemeint sind damit vor allem die Fortführung und Festigung der Zusammenarbeit mit dem neonazistischen Lager. Auf diese Weise will die NPD auch ihre Position als führende Kraft im rechtsextremistischen Spektrum manifestieren.

Des Weiteren verfolgt die NPD in jüngerer Zeit eine Strategie zur „Verfestigung nationalen Gedankenguts im bürgerlichen Lager“, die intern als „völkische Graswurzelrevolution“ bezeichnet wird. Durch seriöses, ziviles Auftreten und alltagsnahe Themenwahl soll die für ein solches Unterfangen nötige Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden. Von der dabei weitgehend praktizierten, taktisch bedingten Zurückhaltung in weltanschaulichen Fragen verspricht man sich langfristig, als „normaler“ Beteiligter am demokratischen Diskurs wahrgenommen zu werden.

In diesem Kontext steht auch die von der NPD initiierte und propagierte „Wortergreifungsstrategie“. Öffentliche Veranstaltungen werden genutzt, um sich aktiv in Diskussionen etc. einzubringen. Neben der Vermittlung politischer Inhalte geht es der NPD vor

allem um Selbstdarstellung, die Anbahnung von Kontakten und das Einwirken auf die Zuhörerinnen und Zuhörer. Versucht wird zudem, Veranstaltungen durch Verunsicherung der Redner zu stören, so vor allem Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus (Motto: „Keine Veranstaltung über uns, ohne uns“).

3. *Welche Erkennungszeichen und Symbole werden von der rechtsextremistischen Szene benutzt? Stellt die Landesregierung hier eine Veränderung fest?*

Aktionsorientierte Rechtsextremisten haben in der Vergangenheit ihre Gesinnung durch ein nahezu uniformiertes Erscheinungsbild zum Ausdruck gebracht. Dieses Aussehen orientierte sich vor allem an der übrigens ursprünglich nicht rechtsextremistischen Subkultur der Skinheads: sogenannte Bomberjacken, Schnürstiefel und kurz rasierte Haare. Dieses Bild vom Rechtsextremismus ist auch heute noch im öffentlichen Bewusstsein verankert. Allerdings hat sich das Erscheinungsbild innerhalb der rechtsextremistischen Szene stark verändert.

Rechtsextremisten vermeiden zunehmend ein martialisches, uniformiertes Auftreten. Sie orientieren sich in der Öffentlichkeit eher an der Mainstream-Jugendkultur und vermeiden auffällige Erkennungszeichen. Andere Szeneangehörige kopieren sogar Formen des Auftretens der linksextremistischen Autonomen-Szene. Aktuelles Beispiel hierfür sind die sogenannten Autonomen Nationalisten. Marken wie „Lonsdale“, „Consdaple“ und „Thor Steinar“ etc. sind im aktionsorientierten Rechtsextremismus gleichwohl anhaltend beliebt. Auch kleiden sich einige wenige Rechtsextremisten als Ausdruck ihrer „völkischen“ Sichtweise mit Kniebundhosen, weißen Hemden, Blusen und Trachten.

4. *Hat die Landesregierung Kenntnis über Verlage in Rheinland-Pfalz, die rechtsextreme Materialien vertreiben?*

In Rheinland-Pfalz ist der „Munin-Verlag“ mit Sitz in Trier bekannt. Der „Munin-Verlag“ wurde von Soldaten der ehemaligen Waffen-SS im Dezember 1958 gegründet. Nachdem für Ende 1999 seine Auflösung beschlossen worden war, existiert der Verlag seit Januar 2000 in neuer personeller Verantwortlichkeit in Trier. Der Verlag gibt die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Der Freiwillige“ heraus. Sie ist das Mitteilungsblatt ehemaliger Soldaten der Waffen-SS in Sachen „Militärgeschichte“, „Truppenkameradschaften“, „Suchdienst“, „Brauchtum“, enthält aber auch „Buchbesprechungen“ (z. B. zur Geschichte der Waffen-SS).

5. *Wie stellen sich die Vertriebswege für rechtsextremistisches Propagandamaterial dar?*

Veranstaltungen der rechtsextremistischen Parteien sowie der rechtsextremistischen Musikszene dienen in der Regel als Plattform für die Verteilung rechtsextremistischer Propagandamittel.

Deutschlandweit sind mehr als 30 rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste bekannt, die nicht formal an eine Partei oder Organisation gebunden sind. Die in ihrer Bedeutung und Größe höchst verschiedenen Unternehmen vertreiben mehrheitlich Bücher und periodische Schriften, die rechtsextremistische Vorstellungen und eine entsprechende Sicht auf die deutsche Geschichte vermitteln sollen. Zu diesem Zweck werden neben dem klassischen Verlagsprogramm häufig auch CDs, DVDs und Videokassetten angeboten, die sich mit ideologischen Themen befassen.

6. *Welche Möglichkeiten stehen der Landesregierung zur Verfügung, um Propaganda und Werbung (z. B. „Schulhof-CDs“ und Schülerzeitungen wie den „Schinderhannes“ oder „Rechts vor links“) zu kontrollieren, einzuschränken oder auch zu verbieten?*

Die Landesregierung ist bestrebt, rechtsextremistische Propaganda – insbesondere mit Blick auf junge Menschen – einzudämmen. Dazu nutzt sie alle Möglichkeiten, die ihr von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellt werden. Dies beginnt bei der intensiven Beobachtung rechtsextremistischer Werbeaktivitäten durch den Verfassungsschutz, dessen Erkenntnisse in entsprechende Gefahrenabwehrmaßnahmen der Polizei münden. Die Sicherheitsbehörden stehen dabei in engem Kontakt mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und den Schulen, so dass rechtsextremistische Versuche, Schülerinnen und Schüler zu beeinflussen, durch abgestimmte Maßnahmen konsequent verhindert werden.

Dies vorausgeschickt, wird die Frage wie folgt beantwortet:

Die Staatsanwaltschaften sind aufgrund des Legalitätsprinzips (§ 152 Abs. 2 StPO) zur Aufnahme von Ermittlungen verpflichtet, wenn sie Kenntnis von strafbaren Handlungen erlangen. Ergeben sich im Rahmen von Ermittlungen oder aufgrund anderer Anhaltspunkte Hinweise auf rechtsextremistische Werbe- und sonstige Propagandamaterialien mit einem strafrechtlich bedeutsamen Inhalt, wobei insoweit insbesondere Verstöße gegen § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen), § 86 a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und § 130 StGB (Volksverhetzung) sowie § 27 i. V. m. § 15 Jugendschutzgesetz (Verbreitung indizierter Medien) in Betracht kommen, haben die Strafverfolgungsbehörden im Einzelfall zu prüfen, ob die entsprechenden Materialien gemäß §§ 74 ff. StGB, insbesondere nach § 74 d StGB (Einziehung von Schriften und Unbrauchbarmachung), §§ 111 m, 111 n StPO eingezogen werden können.

Grundsätzlich gilt für das Presse-/Medienrecht die Polizeifestigkeit, d. h., die Polizei ist nicht befugt, die Verteilung von Druckwerken allein aufgrund ihres Inhalts zu unterbinden. Von daher sind Maßnahmen der Polizei gegen das Inverkehrbringen von Schriften bzw. Druckwerken auf der Grundlage des allgemeinen Polizeirechts grundsätzlich nicht möglich.

Unter den Begriff der Druckwerke fallen neben den periodischen und nicht periodischen Schriften beispielsweise auch Plakate, Tonträger, Musikalien, Handzettel sowie bildliche Darstellungen.

Medien können zudem indiziert sein, d. h., sie stehen auf der Liste der Indizierungen und Beschlagnahmen/Einziehungen nach § 24 JuSchG. Die Liste wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und enthält Schriften, Bild- und Tonträger, Datenspeicher, Computerspiele, Abbildungen sowie andere Darstellungen, die zu Gewalttätigkeiten, Verbrechen oder Rassenhass aufstacheln oder den Krieg verherrlichen. Diese Medien dürfen Kindern oder Jugendlichen nicht angeboten, überlassen oder zugänglich gemacht werden – auch nicht im Internet (beachte „Download-Möglichkeiten“). Verstöße sind als Vergehen strafbar. Der Einzelbesitz ist generell nicht strafbar, wenn der Besitzer 18 Jahre alt ist. Das Medium darf mitgeführt und so gebraucht werden, dass es vom geschützten Personenkreis nicht wahrgenommen werden kann.

Sollte eine festgestellte Publikation noch nicht auf der Indizierungsliste stehen, kann, bei entsprechendem Verdacht wegen möglicher jugendgefährdender Textinhalte, eine Indizierung bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) angeregt werden.

Auszug aus www.bundespruefstelle.de (Indizierungsverfahren):

„Ein Verfahren der Bundesprüfstelle kann auf zwei Wegen zustande kommen: Durch den Antrag einer Stelle, die vom Gesetz dazu besonders ermächtigt worden ist, und durch die Anregung einer Behörde bzw. eines anerkannten Trägers der freien Jugendhilfe. Während ein Antrag die Bundesprüfstelle dazu verpflichtet, ein Prüfverfahren durchzuführen, ist dies bei der Anregung nicht zwingend der Fall: Hier hat die Bundesprüfstelle einen Ermessensspielraum – sie kann also tätig werden, wenn sie das im Interesse des Jugendschutzes für geboten hält, sie muss es aber nicht in jedem Fall. Eine besondere Antragsberechtigung besitzen in Deutschland rund 800 Stellen. Sie erstreckt sich auf die Obersten Jugendbehörden der Länder, die Landesjugendämter, die Jugendämter, die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz (Kommission für Jugendmedienschutz, KJM) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das neu geschaffene Recht zur Anregung haben dagegen alle Behörden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe. Die Zahl der Anregungsberechtigten umfasst mehrere hunderttausend Stellen.“

Darüber hinaus kann bei Verteilaktionen von strafrechtlich nicht zu beanstandenden Publikationen auf öffentlichen Plätzen bzw. im öffentlichen Verkehrsraum eine mögliche erlaubnispflichtige Sondernutzung gem. § 41 LStrG vorliegen.

Wenn das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Kenntnis von Propaganda-Kampagnen erhält, werden die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie alle Schulen des Landes gewarnt, informiert und darum gebeten, dies in geeigneter Form zu kommunizieren. Zuletzt ist dies im Zusammenhang mit der sogenannten Schulhofaktion der NPD so gehandhabt worden.

Im Rahmen der Ausübung des Hausrechts, das der Abwehr von Störungen des Schulbetriebs dient, können derartige Aktionen auf dem Schulgelände von der Schulleiterin oder dem Schulleiter untersagt werden.

7. Welche Rolle spielt Musik bei der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts?

Bis in die 1970er Jahre spielte die Musik als Medium der rechtsextremistischen Ideologie eine vergleichsweise nachrangige Rolle. Mit dem Entstehen einer eigenständigen rechtsextremistischen Musikszene zu Beginn der 1980er Jahre und deren weiterer Entwicklung wuchs auch die Bedeutung der Musik als Ideologieträger stetig. Heute ist die Musik für Rechtsextremisten ein nahezu unverzichtbares Mittel. Sie dient vor allem der Verbreitung und Festigung rechtsextremistischen Gedankenguts, der Mitgliederwerbung und als Integrationsfaktor. Zudem wird die Musik missbraucht, um Aggressionen gegen Minderheiten zu schüren.

Insbesondere zur Mitgliederwerbung von Jugendlichen hat die Bedeutung der Musik seit Anfang der 1990er Jahre zugenommen. Rechtsextremisten nutzen die Tatsache, dass sie mit entsprechenden Veranstaltungen (Konzerte, Liederabende etc.), bei denen die Musik scheinbar im Vordergrund steht, bei Jugendlichen leichteren Zugang finden als beispielsweise mit Schulungsabenden oder Theoriepapieren.

Langfristig versprechen sich die Rechtsextremisten vor allem Erfolge bei der politischen und ideologischen Indoktrination der Zielgruppe. Hierzu eine Aussage der Berliner Skinheadband „D.S.T.“ („Deutsch-Stolz-Treu“) aus dem Jahre 2005: „Musik ist das Bindeglied zwischen uns und den zu Überzeugenden.“ In diesem Zusammenhang spielt auch das Internet eine wichtige Rolle. Auf Websites mit rechtsextremistischen Inhalten, vor allem aus dem sogenannten Kameradschaftsumfeld, wird Musik als integrativer Bestandteil rechtsextremistischer Botschaften genutzt.

Liedtexte rechtsextremistischer Bands sind vor allem von Rassismus und Antisemitismus geprägt. Insbesondere rechtsextremistische Skinheadbands bekennen sich in ihren Liedern zu einer diffusen „arisch-nordischen“ Rassenideologie. Menschen, die ihrem Weltbild nicht entsprechen, werden verunglimpft und erniedrigt. Opfer sind regelmäßig bestimmte Volksgruppen (z. B. Türken), Religionsgemeinschaften (z. B. Juden, Muslime) oder Minderheiten (z. B. Homosexuelle, Obdachlose etc.). Es gibt zahlreiche (strafbare) Textpassagen, die gar zur Ausrottung von Menschen aufrufen. Bandnamen wie „Endlöser“ unterstreichen dies.

Andere Texte verherrlichen und verklären den Nationalsozialismus. Dies zeigen etwa einschlägige Darstellungen von bekannten Nazi-Größen auf CD-Hüllen und die Namen einiger Bands (z. B. „Gestapo“). Daneben findet eine unreflektierte Heroisierung von Wehrmacht und Waffen-SS statt. Das „Vorbildliche“ des Soldatischen wird in Liedtexten beschworen und auf CDs dargestellt. Damit wird auch eine Parallele zum eigenen Rollenverständnis des „politischen Soldaten“ gezogen.

Neben den zeitgeschichtlichen Bezügen zum Nationalsozialismus nehmen auch die Verklärung der vor- und frühchristlichen nordisch-germanischen Mythenwelt und ein Germanen- und Wikingerkult einen festen Platz in der rechtsextremistischen Musikszene ein. Damit einher geht regelmäßig die Propagierung eines heidnischen und antichristlichen Weltbildes.

Der demokratische Verfassungsstaat und seine Repräsentanten werden in Stücken rechtsextremistischer Bands verunglimpft. Ebenso trifft der beleidigende Spott politisch Andersdenkende und diejenigen, die gegen den Rechtsextremismus ihre Stimme erheben.

Die Liedtexte bringen auch das Lebensgefühl vieler, vor allem junger, erlebnisorientierter Rechtsextremisten zum Ausdruck. In ihnen spiegelt sich das „elitäre“ Bewusstsein der „verschworenen Gemeinschaft“ wider, die sich gegen eine Übermacht von Feinden zur Wehr setzen muss.

8. *Wie schätzt die Landesregierung die Anziehungskraft rechtsextremistischer Musikgruppen bzw. Konzerte auf nicht rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche und junge Erwachsene ein?*

Die Anziehungskraft rechtsextremistischer Musikgruppen und Konzerte auf nicht rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche und junge Erwachsene bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise, die zum einen konkrete Konzertveranstaltungen, zum anderen Internetauftritte der rechtsgerichteten Szene beachtet.

Zunächst ist davon auszugehen, dass allein das Hören rechtsextremistischer Musik nicht zwangsläufig den Einstieg in den Rechtsextremismus bedingt. Gründe für den Musikkonsum können auch abseits einer politischen Motivation liegen, so im Musikgeschmack oder im Wunsch nach Authentizität der Bands. Dies ist vor dem Hintergrund der Vielfältigkeit „rechter“ Musik erklärbar. Auch die Faktoren Provokation und Nachahmung können gerade bei (nicht rechtsextremistisch eingestellten) Jugendlichen eine Rolle spielen. Selbst wenn die einschlägigen rechtsextremistischen Texte dabei zunächst unbeachtet bleiben, ist es erforderlich, sich damit auseinanderzusetzen.

Ein erhöhtes Risikopotenzial besteht allerdings dann, wenn sich über die Musik Kontakte zu Rechtsextremisten ergeben. Dies gilt insbesondere für Konzertbesuche, Liederabende, Szenepartys und andere vergleichbare Veranstaltungen. Die Rechtsextremisten nutzen diese Anlässe, um unpolitischen Konzertbesuchern Geborgenheit und Gemeinschaftsgefühl vorzugaukeln. Für diese besteht sodann die Gefahr, sich von der „Stimmung“ des gemeinsamen Erlebnisses mitreißen und vereinnahmen zu lassen. Das verhängnisvolle Zusammenspiel von Musik, Aktion und Emotion kann somit wie eine Initialzündung wirken.

Gefahren bringt auch die Nutzung von Internetseiten mit rechtsextremistischen Musikinhalten mit sich. Bedingt durch das größer werdende Angebot musikalischer Stilrichtungen, vor allem aus dem Bereich des Rock, wird von Rechtsextremisten eine Annäherung an das Lebensgefühl Jugendlicher und junger Erwachsener angestrebt. Auch die Zahl von Web-Angeboten, bei denen Live-Sendungen angehört und teilweise auch Musikdateien heruntergeladen werden können (sogenannte Internet-Radios), wuchs 2008 von neun auf nunmehr 16. Die auf Jugendliche zugeschnittenen Angebote lassen nicht immer sofort einen rechtsextremistischen Hintergrund erkennen. Damit wirken sie attraktiv und bergen die Gefahr einer schleichenden Indoktrinierung junger Menschen mit rechtsextremistischen Inhalten.

9. *Wie viele rechtsextremistische Bands und Liedermacher sind in der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Landesregierung bekannt? Wie viele davon stammen aus Rheinland-Pfalz?*

In der rechtsextremistischen Musikszene herrscht eine starke Fluktuation. Zahlreiche Musikgruppen bestehen nur kurze Zeit und lösen sich nach nur wenigen Auftritten oder einer einzigen CD-Veröffentlichung wieder auf. Häufig spielen die Akteure auch in mehreren Bands oder finden sich mit Musikern anderer Gruppen zu bestimmten Projekten zusammen. Bei rechtsextremistischen Konzerten ist es zudem üblich, dass die Bands in unterschiedlicher personeller Konstellation auftreten. Einige Sänger von rechtsextremistischen Musikgruppen treten darüber hinaus auch als Solisten, sogenannte Liedermacher, auf.

Im Jahr 2008 waren in Deutschland insgesamt 146 rechtsextremistische Musikgruppen (2007: 146) und 30 rechtsextremistische Liedermacher (2007: 26) aktiv.

In Rheinland-Pfalz ist die rechtsextremistische Skinheadband „Breakdown“ bekannt.

10. *Wie viele Konzerte rechtsextremistischer Bands und Liedermacher gab es im vergangenen Jahr nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesgebiet? Wie viele davon in Rheinland-Pfalz? Wie haben sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt?*

11. *Wie viele Konzerte wurden von den Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren verboten bzw. aufgelöst?*

12. *Wie viele Personen haben an den Konzerten in Rheinland-Pfalz teilgenommen?*

Vorbemerkung:

Unter dem Begriff „rechtsextremistische Musikveranstaltung“ subsumieren die Sicherheitsbehörden sowohl rechtsextremistische Skinheadkonzerte als auch entsprechende „Balladen-/Liederabende“. Nicht unter den Begriff „Rechtsextremistische Musikveranstaltung“ fallen sogenannte Skinheadpartys oder andere Anlässe, bei denen Musik durch Abspielen von Tonträgern wie CDs, Musik-kassetten etc. dargeboten wird.

Unter einem Skinheadkonzert versteht man eine szenetypische Musikveranstaltung, bei der eine oder mehrere Skinheadbands der rechten Szene auftreten.

Im Unterschied zu Skinheadkonzerten sind rechtmotivierte „Balladen-“ oder „Liederabende“ meist politische Veranstaltungen, die durch den Auftritt eines „Balladensängers/Liedermachers“ (Einzelinterpret) umrahmt werden. Häufig treten hier die NPD/JN oder eine Kameradschaft als Veranstalter auf. Im Gegensatz zu Skinheadkonzerten wird bei Balladen- oder Liederabenden auch ein älteres Publikum angesprochen.

Entwicklung im Bundesgebiet:

Nachdem die Zahl der rechtsextremistischen Skinheadkonzerte infolge des Verbots der Neonazigruppe „Blood & Honour“ in Deutschland im Jahr 2000 zunächst kurzfristig zurückgegangen war, stieg sie seit 2002 wieder an. Eine besonders starke Zunahme war im Jahr 2005 zu verzeichnen. Die Organisatoren hatten sich auf die Maßnahmen der Sicherheits- und Ordnungsbehörden eingestellt und versuchten, keine Ansatzpunkte für Verbote und Auflagen zu bieten. Seit 2006 ist ein Rückgang der Konzertveranstaltungen im Bundesgebiet zu verzeichnen.

Durch die intensive Aufklärung und Kontrollen der Sicherheitsbehörden konnte eine Reihe von Musikveranstaltungen verhindert oder aufgelöst werden, so im Jahr 2008 insgesamt 35.

Im Jahr 2008 wurden dem Verfassungsschutz bundesweit 127 rechtsextremistische Konzerte und 30 Veranstaltungen mit rechtsextremistischen Liedermachern bekannt.

Rechtsextremistische Skinheadkonzerte im Bundesgebiet:

2004	137
2005	193
2006	163
2007	138
2008	127
2009 *)	75

*) Stand: 30. Juni 2009.

Rechtsextremistische Liederabende im Bundesgebiet:

2004	42
2005	52
2006	29
2007	26
2008	30
2009 *)	20

*) Stand: 30. Juni 2009.

Entwicklung in Rheinland-Pfalz:

Für Rheinland-Pfalz stellt sich die Lage bezüglich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im Zeitraum 2004 bis 2009 (Stand: 31. August 2009) wie folgt dar:

Datum	Ort	Art der Veranstaltung	Teilnehmer	Polizeiliche Maßnahmen
2004				
12. Juni 2004	Standenbühl (Donnersberg)	Skinkonzert	ca. 100	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
11. Sept. 2004	Binsfeld (Krs. Wittlich)	Skinkonzert	ca. 110	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
31. Dez. 2004	Stromberg	Silvesterparty u. Liederabend	ca. 60	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
2005				
18. Juni 2005	Veldenz (Krs. Bernkastel-Kues)	Skinkonzert	63	Auflösung
16. Juli 2005	Riesweiler (VG Rheinböllen)	Skinkonzert	ca. 50	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
2006				
27. Mai 2006	Kirchheim/W.	Skinkonzert	ca. 120	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen u. Strafverfahren
9. Juni 2006	Kirchheim/W.	Skinkonzert	70	Auflösung
30. Sept. 2006	Stromberg	Skinkonzert	nicht bekannt	nachträgliches Bekanntwerden
11. Nov. 2006	Oberflörsheim	Skinkonzert	109	Auflösung
24. Nov. 2006	Altleiningen	Liederabend	86	Auflösung

Datum	Ort	Art der Veranstaltung	Teilnehmer	Polizeiliche Maßnahmen
2007				
26. Mai 2007	Kirchheim/W.	Skinkonzert	120	Auflösung
17. Aug. 2007	Zweibrücken-Ixheim	Liederabend	ca. 35	Überwachung
7. Sept. 2007	Zweibrücken-Ixheim	Liederabend	ca. 45	Überwachung
15. Sept. 2007	Weitersburg, Meerbachtal	Liederabend	ca. 100	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
22. Sept. 2007	Zweibrücken-Wattweiler	Liederabend	ca. 70	Überwachung
17. Nov. 2007	Kirchheim/W.	Liederabend	ca. 60	Überwachung
24. Nov. 2007	Kirchheim	Skinkonzert	ca. 150	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
25. Nov. 2007	Dahn	Liederabend	ca. 50	Überwachung
2008				
19. Jan. 2008	Kümbdchen (VG Simmern)	Skinkonzert	ca. 130	Auflösung
1. März 2008	Osburg (Trier-Saarburg)	Skinkonzert	ca. 100	Überwachung
12. April 2008	Kirchheim/W.	Skinkonzert	ca. 120	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
9. Aug. 2008	Kirchheim/W.	Skinkonzert	ca. 80	Überwachung
27. Sept. 2008	Bombogen (Raum Wittlich)	Skinkonzert	117	Auflösung
15. Nov. 2008	Sinzig-Westum	Skinkonzert	102	Auflösung
6. Dez. 2008	Kirchheim/W.	Skinkonzert	ca. 100	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
2009				
25. April 2009	Bernkastel-Kues OT Andel	Liederabend	ca. 100	Überwachungs-/Kontrollmaßnahmen
30. Mai 2009	Osann-Monzel (Raum Wittlich)	Skinkonzert	ca. 35	Verbot
1. Aug. 2009	Deimberg (VG Lauterecken)	Skinkonzert	53	Auflösung

Aufgrund des hohen Verbots- und Unterbindungsdrucks werden rechtsextremistische Musikveranstaltungen zunehmend konspirativ geplant und durchgeführt. Skinheadkonzerte und Liederabende werden daher überwiegend kurzfristig, teilweise erst wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn oder gelegentlich erst im Nachhinein, bekannt.

In vielen Fällen liegen keine Rechtsgründe für ein Verbot oder eine Auflösung der Veranstaltung vor. Auch waren Eigentümer angemieteter Objekte nicht immer bereit, den Mietvertrag aufzulösen, auch wenn dieser unter Angaben falscher Daten (Anmietung unter Legende) eingegangen wurde.

Skinheadkonzerte können nur verboten werden, wenn konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen von Straftaten bestehen. Das konspirative Vorgehen der Szene stellt die Sicherheitsbehörden oftmals vor erhebliche Probleme, da die Ergreifung polizeilicher Maßnahmen durch die meist nur sehr kurze Reaktionszeit erschwert wird. Gleichwohl konnten in Rheinland-Pfalz zwischen 2004 und 2009 (Stand 31. August) von 28 Konzerten zehn aufgelöst oder verboten werden.

13. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Alters- und Geschlechtsstruktur der Hörerschaft bei rechtsextremistischen Konzerten?

Etwa 95 % der Besucher rechtsextremistischer Konzerte sind männliche Personen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. In der letzten Zeit stieg die Zahl weiblicher Teilnehmer jedoch langsam an.

14. Wie werden solche Konzertveranstaltungen organisiert? Welche Kommunikationswege werden benutzt?

Nach wie vor werden rechtsextremistische Skinheadkonzerte in aller Regel von Angehörigen ortsansässiger Gruppen organisiert. Um etwaige Verbote zu vermeiden, bereiten die Veranstalter die Konzerte in der Regel konspirativ vor. Sowohl Vermietern als auch Ordnungsbehörden gegenüber treten unverdächtig erscheinende Personen als Organisatoren auf. Die geplanten Musikveranstaltungen werden auch als Geburtstagsfeiern, Verlobungsfeiern oder Klassentreffen getarnt. Die Veranstaltungsorte, die im Vorfeld nur wenigen Szeneangehörigen bekannt sind, werden so lange wie möglich geheim gehalten.

Die Mobilisierung zu den Konzerten erfolgt kurzfristig über SMS-Ketten oder mündlich. Dabei werden lediglich Treffpunkte – teilweise in anderen Bundesländern oder dem benachbarten Ausland – genannt, von denen die Teilnehmer zu den eigentlichen Veranstaltungsorten geleitet werden. Um öffentliche Aufmerksamkeit zu vermeiden, wird von einigen Veranstaltern bei der Auswahl der Räumlichkeiten darauf geachtet, dass kein Lärm nach außen dringt. Zur Vermeidung von Kündigungen durch den Eigentümer oder den Vermieter bemühen sich die Organisatoren auch um Veranstaltungsräume, die sich im Besitz von Gesinnungsgenossen befinden.

Die rechtsextremistische Szene zeigt sich zudem sehr mobil, wenn eine bereits angemietete Räumlichkeit kurzfristig nicht mehr zur Verfügung steht (z. B. Auflösung des Pacht-/Mietvertrages wegen Täuschung über den wahren Veranstaltungshintergrund). Unter konspirativen Umständen erfolgt dann häufig die Verlagerung der gesamten Veranstaltung an einen Ausweichort, der über 100 km vom ursprünglichen Veranstaltungsort entfernt liegen kann. Hierbei wird häufig auf von der Szene genutzte oder angemietete Objekte zurückgegriffen.

15. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über Vertriebsstrukturen rechter Musik?

Für die Produktion und die Verbreitung rechtsextremistischer Musik existieren nationale und internationale Vertriebsstrukturen. Die Anzahl der bundesweit aktiven rechtsextremistischen Versandhändler, die u. a. Tonträger führen, ist 2008 auf 78 (2007: 83) zurückgegangen und damit im zweiten Jahr infolge rückläufig. Diese Entwicklung dürfte auf das konsequente Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden zurückzuführen sein.

Durch die Nutzung des Internets ist ein professioneller Versandhandel mit begrenztem Aufwand und Mitteleinsatz möglich. Auch in der rechtsextremistischen Szene ist das dazu notwendige technische Know-how weit verbreitet, so dass nahezu alle Vertriebsfirmen über einen eigenen, regelmäßig aktualisierten Onlineshop verfügen.

Ein Großteil der Vertriebe verfügt über eigene Musiklabel, unter denen einschlägige Produkte aufgelegt werden. Zudem bieten Szeneangehörige bei Konzerten, in rechtsextremistischen Internetforen oder per E-Mail Tonträger von rechtsextremistischen Bands an. Daneben existieren Szeneläden als Treffpunkte von Rechtsextremisten, in denen entsprechende Devotionalien erhältlich sind.

Darüber hinaus wird Liedgut von Interpreten vertrieben, die keine rechtsextremistischen Bezüge haben. Hierzu zählen beispielsweise sogenannte Heimatlieder. Ebenso im rechtsextremistischen Versandhandel erhältlich sind Aufnahmen aus der Zeit vor 1945. Zu dieser Musik zählen nicht zuletzt Märsche und Soldatenlieder, aber auch einschlägige Unterhaltungsmusik.

16. Welche Musikstile spielen die rechtsextremistischen Musikgruppen?

Die rechtsextremistische Musikszene setzt sich aus unterschiedlich stark ausgeprägten Strömungen zusammen. Den Schwerpunkt dieses Spektrums bildet seit geraumer Zeit die rechtsextremistische Skinhead-Musikbewegung. Hinzu kommen einzelne Bands aus den subkulturellen Milieus der Gothic- und Black-Metal-Szenen (letztere auch bekannt unter dem Signet „NS-Black-Metal“) und rechtsextremistische „Liedermacher“.

Rechtsextremisten selbst haben bislang keine eigene Stilrichtung geschaffen. Insofern ist die oft verwendete Sammelbezeichnung „Rechtsrock“ irreführend. Rock ist zudem nur eine Stilrichtung von vielen und spiegelt daher auch nicht die ganze Komplexität der aktuellen rechtsextremistischen Musikszene wider. Rechtsextremisten spielen heute nahezu jeden Musikstil. Ausnahmen sind allenfalls Soul, Blues und Jazz. „Schwarze“ Musik ist aus Szenesicht nicht mit der rechtsextremistischen Weltanschauung kompatibel und daher den Gesinnungsgenossen nicht vermittelbar.

Das Spektrum der Stilrichtungen reicht von „weichen“ Balladenklängen über Neofolk-Kompositionen und den Varianten des Rock bis hin zu den dissonanten, harten Klängen des Black Metal. Dominierend ist nach wie vor der Hardrock, wie er von vielen rechtsextremistischen Skinheadbands gespielt wird. Aber auch extremere Varianten wie Hard- oder Hatecore – letztere als aggressivere Form des Hardcore-Punks – finden ihre Anhänger. Teile der rechtsextremistischen Musikszene spielen aber auch Techno und HipHop. Beliebt sind daneben Coverversionen bekannter Schlager, die etwa mit rassistischen Texten versehen werden.

17. Welche Rolle spielen die neuen Medien bei den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen?

Das rechtsextremistische Spektrum macht sich die ganze Bandbreite an technischen Möglichkeiten des weltumspannenden Internets für seine Agitation und Propaganda zu Nutze. Dabei haben die Darstellungs- und Kommunikationsformen zwischenzeitlich einen hohen Grad an Professionalität erreicht, die z. T. anonym, kryptiert, aber auch unverhohlen offen und für jedermann zugänglich angeboten werden. Neben interaktiven Web 2.0-Angeboten nutzen Rechtsextremisten soziale Netzwerke, Audio-, Video- und Chatplattformen, Echtzeitkommunikation oder Bild- und Datenbanken für die Verbreitung ihres nationalistischen Gedankenguts.

Rechtsextremisten werben damit neue Mitglieder, verabreden sich zu Demonstrationen und konspirativen Treffen oder rufen zu Gewaltaktionen gegen den politischen Gegner auf. Dabei schützt sie weitgehend die Anonymität des Internets, insbesondere dann, wenn Internetdienstleister ihre Firmen und ihre technischen Anlagen vom Ausland aus betreiben. In diesen Fällen sind die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Betreiber durch die Sicherheitsbehörden eingeschränkt, gleichwohl ist anzumerken, dass sich auch ausländische Provider – sofern sie auf strafrechtlich relevante Nazipropaganda hingewiesen werden – zunehmend kooperativ verhalten. Allerdings findet die rechtsextremistische Szene umgehend neue Plattformen für ihren offensiven Werbefeldzug. Für die rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Personen ist deshalb das Internet unverzichtbar.

Im Bereich der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sind zurzeit mehr als 1 000 Webinhalte von besonderer Bedeutung, die gezielt beobachtet, analysiert und ggf. den Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden. Die Beobachtung dieses Phänomenbereiches im Internet stellt große Herausforderungen an die Sicherheitsbehörden.

Auch Jugendschutz.net²⁾ beobachtet seit Jahren die Entwicklung des Rechtsextremismus im Internet. Im Jahr 2008 musste eine erneute Zunahme rechtsextremer Websites dokumentiert werden – Jugendschutz.net kontrollierte 1 700 rechtsextreme Websites. Bei einem Zuwachs von 4 % (Vorjahr 2007: 1 635 Websites) war damit der Missbrauch des Netzes durch Rechtsextreme anhaltend hoch. Zudem wurden mehr als 1 500 rechtsextreme Videos und Profile in sozialen Netzwerken und Videoplattformen registriert. Dies waren doppelt so viele rechtsextreme Vorfälle in sozialen Netzwerken und auf Videoplattformen wie im Jahr zuvor.

Die Möglichkeiten, die das Web 2.0 für die Ausgestaltung eigener Angebote und Ansprachen von Jugendlichen bietet, gehört inzwischen fest zum Agitationsrepertoire. Mit bunten Farben, moderner Symbolik und griffigen Slogans präsentieren sich Neonazis im Netz zunehmend unverdächtig, mit einem angesagten Erscheinungsbild, um junge und unerfahrene Menschen für sich zu gewinnen. Plattformen werden zur Verbreitung von Propaganda und zur Ansprache von Jugendlichen missbraucht. Besonders attraktiv erscheint es, Websites als Weblogs zu betreiben, da Blogs einfach zu pflegen sowie schnell zu aktualisieren sind und leicht Elemente wie Musik und Videos integriert werden können. Die Zahl der sogenannten Neonazi-Hoster, die speziell Gleichgesinnten Speicherplatz im Netz anbieten, ist weiter angestiegen. Mittlerweile sichern mindestens zwölf solcher Dienste Szene-Strukturen im Netz. Die Anzahl der „Neonazi-Provider“ im Vorjahr war mit fünf dagegen deutlich niedriger. Daneben existieren Angebote zur Website-Gestaltung, zur Erstellung von CDs, Flirt-Börsen oder diverse Services rund um die Durchführung von Konzerten und lokalen Aktionen. Als neues Phänomen ist die Gründung von rechtsextremen sozialen Netzwerken zu erkennen. Die Spanne reicht von kleinen, vornehmlich virtuellen Communitys bis hin zu Gruppen mit mehreren hundert Mitgliedern, bei denen auch sogenannte Real-Life-Treffen beworben werden.

Mit insgesamt 190 dokumentierten Websites, blieb die NPD in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Dabei war bei vielen NPD-Sites eine weitere Professionalisierung meist durch multimediale Ansprachen der Internet-User in Form von eingebundenen Videos festzustellen. Auch Verlinkungen zu Neonazi-Kameradschaften, zentralen Szene-Websites und Mobilisierungsaufrufe fanden sich nach wie vor auf vielen Angeboten der NPD.

18. Hat die Landesregierung Kenntnisse über die Provider von rechtsextremen Websites und gibt es in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden im In- und Ausland?

Es ist bekannt, dass die Mehrzahl rechtsextremer Seitenbetreiber auch 2008 deutsche Dienste nutzte, wobei deren Anteil jedoch nach Angaben von Jugendschutz.net leicht auf 72 % (Vorjahr: 78 %) zurückging. 10 % der deutschen Angebote enthielten rechtswidrige Inhalte. Ein leichter Rückgang ist an dieser Stelle zu verzeichnen, da im Kalenderjahr 2007 noch 12 % und 2006 18 % der Inhalte rechtswidrig waren. Des Weiteren nutzen 70 % der Rechtsextremisten bei ausländischen Angeboten US-amerikanische Server (Vorjahr: 63 %), 8 % niederländische sowie 6 % österreichische Server. Der Anteil an rechtswidrigen rechtsextremen Web-Inhalten im In- und Ausland lag 2008 wie im Vorjahr bei 16 %, wobei mehr als die Hälfte der entsprechenden Angebote im Ausland liegen (Vorjahr: ein Drittel).

Aufgrund des grenzüberschreitenden Datenflusses im Internet und der transnationalen Strukturen von IT-Netzwerken ist im Rahmen von Ermittlungsmaßnahmen – auch in Ermittlungsverfahren wegen extremistischer Straftaten – immer häufiger festzustellen, dass bei der Sicherung von Daten auf Server zugegriffen werden muss, die sich außerhalb Deutschlands befinden.

Dies wirft vielfältige tatsächliche und rechtliche Fragen auf, die zuletzt anlässlich einer Arbeitstagung im Bundesministerium der Justiz am 27. Mai 2009 „Rechtshilferechtliche Probleme beim Zugriff auf ausländische Server“ zwischen Vertretern des Bundesministeriums der Justiz, des Auswärtigen Amtes, weiteren Ressorts der Bundesregierung und der Landesjustizverwaltungen sowie des Bundeskriminalamtes und des Generalbundesanwalts erörtert worden sind. Das umfangreiche Protokoll dieser Tagung wurde der staatsanwaltschaftlichen Praxis zur Hilfestellung bei auftretenden Problemen zur Verfügung gestellt.

Unterstützungsersuchen für Verfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten mit dem Ausland fallen in die Zuständigkeit des Sachbereichs „Internationale polizeiliche Zusammenarbeit/Rechtshilfe“ beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Straftaten, die mittels Internet verübt werden, stellen mit regelmäßig knapp 2 % der Gesamtdelikte keinen Schwerpunkt innerhalb der PMK-rechts dar. Dies liegt darin begründet, dass eine Vielzahl von rechtsextremistischen Internetseiten mit Inhalten, die in Deutschland insbesondere als Volksverhetzungs- und Propagandadelikte (§§ 130 und 86, 86 a StGB) strafbar wären, auf Servern im Ausland abgelegt und dort nicht strafbewehrt sind.

Auch künftig dürften daher rechtsextremistische Personen und Gruppierungen dann ausländische Server nutzen, wenn sie rechtswidrige Inhalte anonym ins weltweite Netz stellen wollen, um damit deutschen Strafverfolgungsbehörden zu entgehen.

2) Jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien aller Bundesländer gegründet und ist an die Kommission für Jugendmedienschutz als Internetaufsicht angebunden.

Zur Frage geeigneter Präventionsmaßnahmen muss insbesondere auf die Aktivitäten von Jugendschutz.net verwiesen werden. Jugendschutz.net hat auch in der Zusammenarbeit mit ausländischen Providern Erfolge erzielt. Da ausländische Provider im Gegensatz zu den deutschen nicht verpflichtet sind, rechtsextreme Inhalte ab Kenntnis von ihren Servern zu entfernen, ist eine Entfernung von rechtswidrigen Inhalten von ausländischen Providern zwar grundsätzlich schwierig; dennoch ist es gelungen, in 58 von 101 Fällen im Ausland eine Löschung solcher Inhalte nach Rücksprache mit den Providern herbeizuführen. Die länderübergreifende Bekämpfung rechtsextremer Propaganda ist nur in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerorganisationen möglich. Dazu zählt insbesondere das Internationale Netzwerk (INACH – International Network Against Cyber Hate). INACH verbessert die kontinuierliche Zusammenarbeit von antirassistischen Online-Beschwerdestellen über Ländergrenzen hinweg. Die Mitglieder aus mittlerweile 17 Staaten unterstützen sich gegenseitig beim Aufbau stabiler Strukturen, pflegen einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch und gehen gemeinsam gegen transnationale Hass-Portale vor.

19. Welche Möglichkeiten stehen der Landesregierung zur Verfügung, um gegen rechtsextreme Internetseiten vorzugehen?

Wichtigstes Ziel ist es, Rechtsextremisten das Propagandaforum zu entziehen und rechtswidrige Inhalte aus dem Netz zu entfernen. Hierzu existieren verschiedene Möglichkeiten.

In vier von fünf Fällen kann durch Jugendschutz.net eine Beseitigung von Verstößen erreicht werden, ohne dass Aufsichtsbehörden eingreifen mussten. Dabei setzt Jugendschutz.net vor allem auf die gute Kooperation mit Providern. Durch die inzwischen etablierte Zusammenarbeit zwischen Jugendschutz.net und Google oder youtube konnte allein im Jahr 2008 die Entfernung oder Sperrung von 1 500 Videos erreicht werden.

Sofern der Verdacht einer Straftat vorliegt, werden von der Polizei und der Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet.

Problemlos ist die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung mit deutschen Providern. Wenn strafrechtlich relevante Inhalte in Deutschland festgestellt werden, welche auch auf einem deutschen Server oder im Zuständigkeitsbereich eines deutschen Providers gespeichert wurden (so zum Beispiel ein Provider mit Hauptsitz in Deutschland, welcher Daten auf einem Server im Ausland gespeichert hat), wird der Provider zur Bestandsdatenabfrage, Sicherung der Inhalte und Löschen oder Sperren der betroffenen Inhalte aufgefordert. Verantwortliche können somit beim deutschen Provider beispielsweise anhand der IP-Adresse oder des Nutzernamens ermittelt werden.

Problematischer erweisen sich Ermittlungen mit Auslandsbezug, wenn das verfolgte Delikt im Ausland nicht strafbar ist. Erfahrungsgemäß wird entsprechenden Bitten, rechtsextremistische Inhalte zu löschen, nicht nachgekommen (s. a. Antwort zu III. 18).

Da Kinder und Jugendliche trotz konsequenter Strafverfolgung weiter mit rechtsextremen Inhalten im Internet konfrontiert werden, ist die Förderung der medienpädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus von zentraler Bedeutung. Damit ein bestmöglicher Schutz von jungen Internetnutzern gewährleistet wird, werden Ausbildungsangebote zum Thema rechtsextreme Propagandastrategien und Gegenstrategien für Leiterinnen und Leiter von schulischen Fachseminaren sowie für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt.

Darüber hinaus wurden praxisnahe Handreichungen über Rechtsextremismus im Internet wie beispielsweise die Broschüre „Klickt's – Geh Nazis nicht ins Netz“ entwickelt. Erstmals richtet sich eine solche an die Altersgruppe der Zwölf- bis 15-Jährigen und verpackt die Aufklärung über die Propaganda von Rechtsextremisten in die Geschichte einer jugendlichen Clique zielgruppengerecht.

IV. Maßnahmen und Prävention gegen rechtsextremistische Parteien und Organisationen

1. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus?

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Langzeitaufgabe, die in Rheinland-Pfalz mit Priorität und im engen Schulterschluss zwischen Staat und Gesellschaft wahrgenommen wird. In diesem Sinne wurde in der Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus am 28. Mai 2008 zwischen der Landesregierung und einer Vielzahl demokratischer gesellschaftlicher Kräfte der Wille bekräftigt, dem Rechtsextremismus überall, wo er sich zeigt, entschieden entgegenzutreten und sich weiterhin aktiv für den Erhalt von Demokratie und Toleranz einzusetzen.

Das Gesamtkonzept der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ruht auf den drei Säulen:

- angemessene Repression,
- umfassende Prävention,
- Hilfen für Ausstiegswillige.

Repression – Keine Foren für Rechtsextremisten

Dem Rechtsextremismus mittels angemessener Repression zu begegnen, entspricht dem Wesen der wehrhaften Demokratie. Für Rechtsextremisten wie für alle anderen Extremisten und ihre Weltanschauungen gilt daher in Rheinland-Pfalz: Null Toleranz! Vorrangiges Ziel ist es zu verhindern, dass sich Rechtsextremisten ungestört entfalten und auf lange Sicht verankern können. Unter konsequenter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten wird ihnen mit der Absicht entgegengetreten, öffentliche Foren soweit möglich zu versagen (s. a. Antwort IV. 2.).

Prävention – Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus

Durch umfassende Präventionsarbeit sollen entstehende und bestehende rechtsextremistische Umtriebe frühzeitig eingedämmt und die Nachwuchsgewinnung rechtsextremistischer Kreise unterbunden werden. Die Prävention folgt in Rheinland-Pfalz den Prämissen:

- Aufklärung über den Extremismus und die damit verbundenen Gefahren.
- Vermittlung von Werten und Stärkung des Demokratiebewusstseins, der Zivilcourage und des bürgerschaftlichen Engagements.
- Verbesserung von Lebenssituationen vor allem junger Menschen.

Durch Aufklärung über den Rechtsextremismus und die von ihm ausgehenden Gefahren für Staat und Gesellschaft sollen die Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert und für die argumentative und politische Auseinandersetzung mit den braunen Demagogen gewappnet werden. Zudem soll die Zielgruppe Jugend frühzeitig immunisiert werden, um den Avancen der Rechtsextremisten zu widerstehen.

Wichtige Faktoren bei der Prävention sind neben der Aufklärung über den Rechtsextremismus die Wertevermittlung und die Stärkung von Demokratiebewusstsein und Zivilcourage.

Maßnahmen zur Verbesserung von Lebenssituationen dienen ebenso dem Schutz von Freiheit und Demokratie. Damit soll rechtsextremistischen Agitatoren die Grundlage entzogen werden, Menschen in wirtschaftlichen Notlagen zu manipulieren oder Ängste unter ihnen zu schüren.

Ausstiegshilfen – Niemand wird aufgegeben

Ausstiegshilfen wirken unmittelbar in die rechtsextremistische Szene hinein. Sie dienen dazu, Ausstiegswilligen einen Weg aus der Verstrickung zu weisen. Zudem können erfolgreiche Aussteigerprogramme auch zur Verunsicherung der Rechtsextremisten beitragen. Seit dem Jahr 2001 gibt es in Rheinland-Pfalz das beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eingerichtete Programm „RAUSwege“. Es wendet sich mit Schwerpunkt an junge Mitläufer und Sympathisanten der rechtsextremistischen Szene, bei denen die Chancen zum Ausstieg erfahrungsgemäß größer sind als bei seit langem in extremistischen Strukturen integrierten und entsprechend ideologisch gefestigten Aktivistinnen. Zu dem Aussteigerprogramm gehört eine Elterninitiative (s. a. Antwort IV. 6.).

Wirksame Strukturen

In die ganzheitliche Rechtsextremismusprävention sind in Rheinland-Pfalz alle Ressorts eingebunden. Im Jahr 2001 wurde dem Verfassungsschutz die Federführung über die seinerzeit neu geschaffene ressortübergreifende Arbeitsgruppe des Landes zur Koordination der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus übertragen. Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, die vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus für die Unterrichtung des Ministerrats zu dokumentieren und deren Koordination zu verbessern.

Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen wurde im Juni 2008 die Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus gegründet und beim Ministerium des Innern und für Sport in der Abteilung Verfassungsschutz eingerichtet. Ihre Ziele sind:

- Bessere Koordination und Evaluation von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.
- Stärkere Einbindung der Kommunen im Kampf gegen den Rechtsextremismus bzw. stärkere Konzentration der Maßnahmen auf kommunaler Ebene.
- Intensivierung der Präventionsarbeit für Jugendliche.

In diesem Sinne erfüllt die Präventionsagentur folgende Aufgaben:

- Koordination laufender und neuer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.
- Dokumentation der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.
- Beratende Evaluation der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus im Dialog mit deren Initiatoren.
- Initiierung und Konzeption neuer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.
- Ansprechpartner für kommunale Präventionsbeauftragte und nichtstaatliche Initiativen gegen Rechtsextremismus (zur Unterstützung der Präventionsagentur und als Ansprechpartner vor Ort wurde den Verbandsgemeinden sowie den kreisfreien Städten und Gemeinden empfohlen [nebenamtliche] Präventionsbeauftragte gegen Rechtsextremismus zu berufen).

2. Welche repressiven Maßnahmen werden von der Landesregierung angewandt?

Justiz

Die rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften und Gerichte tragen zu der Bekämpfung rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten in erster Linie durch die konsequente Erfüllung ihres gesetzlichen Strafverfolgungsauftrages bei.

Dass die Strafverfolgungsbehörden auch weiterhin auf rechte Straf- und Gewalttäter mit hohem Verfolgungsdruck reagieren, zeigt die Zahl der wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten Verurteilten: Ihre Anzahl hat sich nach den durch die Staatsanwaltschaften mitgeteilten Daten von 68 im Jahr 2004 auf 113 im Jahr 2008 erhöht (2005: 55; 2006: 140; 2007: 93).

Polizei

Innerhalb der rechten Szene wird weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Werbung von Jugendlichen gelegt. Insbesondere einschlägige Internetangebote und rechte Musik dienen der ideologischen Beeinflussung. Deshalb sind präventive und repressive Maß-

nahmen der Polizei zielgerichtet darauf ausgerichtet, die rechtsextremistische Szene zu schwächen und den Zulauf sowie deren Einfluss zu verkleinern.

Aus diesem Grund wird gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten eine „Null-Toleranz-Linie“ seitens der Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz verfolgt. So werden Konzertveranstaltungen und demonstrative Aktionen des rechten Spektrums konsequent im Vorfeld aufgeklärt und im Rahmen der rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel bekämpft und, sofern möglich, verboten bzw. ihre Fortführung unterbunden. Ziel dieses kompromisslosen Vorgehens ist es, Rechtsextremisten keine Plattform zu bieten und den Spielraum zur Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen und menschenverachtenden Ideologie so weit wie möglich einzuengen.

Gerade im Vorfeld von demonstrativen Aktionen wird seitens der Sicherheitsbehörden eng mit den Versammlungsbehörden zusammengearbeitet. Sofern ein Verbot der Veranstaltung rechtlich nicht möglich ist, werden in enger Absprache Auflagen erteilt (beispielsweise räumlicher, zeitlicher Art und in der Ausgestaltung der Veranstaltung). Führt die rechte Szene (Parteienspektrum, „Kameradschaften“) eine Veranstaltung (unter Auflagen) durch, wird diese durch Kontroll- und Aufsichtsmaßnahmen begleitet. Gegenüber rechtsextremistischen Störern oder Straftätern gilt eine besonders niedrige Einschreitschwelle. Erfahrungsgemäß zeigt sich die rechte Szene durch professionelles, zielgerichtetes und entschlossenes Auftreten der Polizei nachhaltig beeindruckt.

Bei Feststellung strafrechtlich relevanter Sachverhalte wird konsequent eingeschritten und werden Maßnahmen zur Gewährleistung einer beweissicheren Strafverfolgung unverzüglich eingeleitet. Dies geschieht insbesondere durch qualifizierte Festnahmen sowie Beschlagnahme von Waffen und Tatmitteln als Beweismittel.

Des Weiteren wird auf den Antwortbeitrag III. 6. verwiesen.

Finanzen

Mit dem im Jahressteuergesetz 2009 vom 19. Dezember 2008 (Bundesgesetzblatt Teil I S. 2794) neu gefassten § 51 Abs. 3 Abgabenordnung (AO) wurde ein Ausschluss extremistischer Gruppierungen von der Steuerbegünstigung (Gemeinnützigkeit) ausdrücklich gesetzlich geregelt. Hiernach kann eine Körperschaft nur dann als steuerbegünstigt behandelt werden, wenn sie nach ihrer Satzung und bei ihrer tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne von § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördert. Die Neuregelung ist allerdings insoweit nur deklaratorisch und entspricht der bisherigen Behandlung durch die Finanzverwaltung.

Konstitutiv ist hingegen die weitere neue Regelung in § 51 Abs. 3 AO, wonach bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbereich des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, widerlegbar davon auszugehen ist, dass sie verfassungsfeindliche Bestrebungen fördern.

3. Welche Maßnahmen zur Prävention werden von der Landesregierung ergriffen?

Zu den vielfältigen Präventionsmaßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus zählen neben den unter IV. 4. bis 7. dargestellten insbesondere:

Ministerium des Innern und für Sport

Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus (s. a. Antworten IV. 1., 7.)

– Informationsveranstaltungen (mit Schwerpunkt für Jugendliche)

Vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz und der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus wurden von 2001 bis Mitte 2009 etwa 430 Veranstaltungen mit ca. 25 000 meist jungen Zuhörern durchgeführt.

Die Veranstaltungen reichen von Vortrags- und Diskussionsforen und themenspezifischen Modulen (Workshops, Filmvorführungen usw.) bis hin zu Großveranstaltungen wie regionalen Schülerkongressen.

Am 18. September 2009 hat eine neue Reihe von Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit einer Auftaktveranstaltung im Landtag begonnen. Die auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Ingelheim, in Kooperation mit dem Ministerium des Innern und für Sport und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur konzipierte Veranstaltungsreihe umfasst Studientage für Abschlussklassen der allgemein- und berufsbildenden Schulen.

– Schulungsprogramme für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Ein ursprünglich von der Universität Landau konzipiertes Programm wurde von der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung weiterentwickelt und bereits in einer Reihe von Städten und Gemeinden umgesetzt (s. a. Antwort IV. 4., Info-Tagungen „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? Wir tun was! Eine Initiative für Rheinland-Pfalz“).

Im laufenden Kalenderjahr wird von der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) und dem Polizeipräsidium Mainz eine Handreichung für Multiplikatoren erarbeitet, welche die eigenständige Planung und Durchführung von regionalen Informationsveranstaltungen an Schulen ermöglicht.

– Publikationen

Hierzu zählen insbesondere die Schriften „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ (Handreichung des Ministeriums des Innern und für Sport speziell für Kommunen), „Gemeinsam stark gegen Rechtsextremismus“, das Faltblatt „Rechtsextremismus – Nicht

mit uns!“ sowie eine Publikationsreihe, die sich mit umfassenderen Darstellungen vor allem an Multiplikatoren richtet, so aktuell mit der Schrift „Rechtsextremismus – Symbole und Kennzeichen“. Die Präventionsagentur hat Ende 2008 eine neue Schriftenreihe für die Landes- und Kommunalverwaltung mit dem Titel „Informationen zum Rechtsextremismus“ geschaffen, die inzwischen 13 Ausgaben umfasst.

- Internetportal für die Landes- und Kommunalverwaltung

Das von der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2009 auf der Homepage www.gegen-rechtsextremismus.rlp.de eingerichtete interne Portal stellt Informationen zum Rechtsextremismus, Übersichten zu Maßnahmen und Ansprechpartnern, Links etc. zur Verfügung.

Polizei

Um auf Erscheinungsformen der rechten Szene frühzeitig reagieren zu können und das hohe Bekämpfungsniveau der rheinland-pfälzischen Polizei auch zukünftig sicherzustellen, wurde im Jahr 2008 die Arbeitsgruppe AG Rex eingerichtet. Unter Leitung des Ministeriums des Innern und für Sport und Beteiligung der Polizeibehörden und -einrichtungen wurde dabei die Hinweissammlung „Rechtliche und polizeitaktische Hinweise zum Umgang mit rechtsextremistischen Veranstaltungen“ aus dem Jahr 2001 fortgeschrieben. Diese beinhaltet Handlungsanleitungen zur Bewältigung rechtsextremistischer Veranstaltungen (Demonstrationen, Skinheadkonzerte etc.) und soll eine wesentliche Unterstützung für eine einsatzbezogene Lagebewertung sowie der Prüfung der rechtlich möglichen und taktisch gebotenen Maßnahmen sein. Dadurch sollen die Rechts- und Handlungssicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten erhöht werden.

Auch durch Initiierung und Unterstützung von Informationsveranstaltungen mit fachkundigen Referenten wird sowohl polizeiintern (im Rahmen der Aus- und Fortbildung) als auch extern Präventionsarbeit geleistet.

Des Weiteren werden zahlreiche Präventionsmaßnahmen anderer Institutionen, Behörden und Einrichtungen durch die Polizei unterstützt, beispielsweise durch

- Teilnahme an Präventionskonzepten, wie „Prävention im Team (PIT)“ und „EASI“ (Erlebnis, Aktion, Spaß, Informationen);
- enge Kooperation mit der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus und mit den Vertretern des Aussteigerprogramms „(R)Auswege“ beim LSJV;
- Mitarbeit im beim LSJV eingerichteten „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“;
- Zusammenarbeit mit der in Mainz ansässigen länderübergreifenden Stelle „jugendschutz.net“.

Sport

Das Ministerium des Innern und für Sport hat einen Planungsworkshop zusammen mit Vertretern der Fußball-Oberliga Südwest sowie Lotto Rheinland-Pfalz und Saar-Lotto durchgeführt, um die konzeptionellen Voraussetzungen für ein Antirassismus- und Antigewaltprojekt in dieser Liga zu schaffen mit dem Ziel, diese Botschaft über den Fußball in die Bevölkerung zu tragen. Für die Spielsaison 2010/2011 wird angestrebt, mit den Interessenvertretern aus den Vereinen, den Verbänden und den Lottogesellschaften eine Kooperation zur Umsetzung dieses Projekts zu schaffen.

Ministerium der Justiz

Mit „Recht gegen Extremisten – Was jeder gegen Extremisten tun kann“ bietet das Ministerium der Justiz eine Informationsschrift an, mit der kurz und griffig aufgezeigt werden soll, welche rechtlichen Möglichkeiten bei der Bekämpfung extremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten bestehen. Insbesondere wird dort dargelegt, was jeder ohne großen Aufwand und ohne große Mühe in seinem Alltag tun kann, um extremistischen Verhaltensweisen entgegenzuwirken.

Derzeit wird eine Neuauflage dieser Broschüre vorbereitet.

Ministerium der Finanzen

Auf den mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Artikel-10-Gesetzes vom 31. Juli 2009 (Bundesgesetzblatt I S. 2499) neu eingefügten Absatz 3 a zu § 18 des Bundesverfassungsschutzgesetzes wird hingewiesen. Die Regelung besagt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzbehörden der Länder zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Finanzbehörden um Auskunft ersuchen dürfen, ob eine Körperschaft die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes erfüllt. Die Finanzbehörden haben der ersuchenden Stelle die Auskunft zu erteilen.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur – Landeszentrale für politische Bildung (s. a. Antworten IV. 4., 5.)

Der Themenkomplex „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt“ ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Dabei liegt die zentrale Aufgabenstellung der politischen Bildung in den Bereichen von Information und Prävention. Themenschwerpunkte sind neueste Informationen zur aktuellen Situation im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus, Aggression und Gewalt als sozial- und individualpsychologische Phänomene und Konfliktbewältigung.

Konzeptionell gibt es bei der Landeszentrale für politische Bildung verschiedene sich ergänzende und verstärkende Handlungsansätze. Hierzu zählen Veranstaltungen mit Modulen wie z. B. Tagungen, Vortrags- und Diskussionsforen, Aktionstagen, Seminaren, Ausstellungen etc. ebenso wie die Durchführung besonderer Projekte, die Arbeit in Netzwerken gegen Rassismus und Rechtsextremismus, ein umfangreiches Publikationsangebot und die Gedenkarbeit.

Im Jahr 2008 lag ein Schwerpunkt auf dem Thema „Antisemitismus“, das unter verschiedenen Aspekten beleuchtet wurde. Mit der Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?“ informierte die Landeszentrale über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland und Europa. Anhand von Karikaturen und Fotografien wurde dargestellt, wie sich judenfeindliche Stereotype und antisemitische Argumentationsmuster bis heute gehalten haben und immer wieder virulent werden. Die Besucherinnen und Besucher sollten für antisemitische Erscheinungsformen, wie sie heute in öffentlichen Diskursen und in unterschiedlichen sozialen Milieus auftreten, sensibilisiert werden.

Das große Interesse, auf das das Thema „Antisemitismus“ stieß, setzte sich bei weiteren Veranstaltungen fort. Unter anderem fanden Vorträge, z. B. zu „Ursachen und Entwicklung von Antisemitismus“, statt.

Eine weitere Maßnahme zur Prävention gegen rechtsextremistische Parteien und Organisationen sind Aktionstage gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Aktionstage finden z. B. in Kommunen oder in Schulen und zu unterschiedlichen Thematiken statt. Im Jahr 2008 wurde u. a. in einer Kooperation mit der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim der Aktionstag „MusikMachtMut. Aufspielen gegen Rechts“ zum Thema „Musik der rechten Szene“ veranstaltet. Nach Vorträgen und Workshops spielten vier Bands aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus kann nur gelingen, wenn alle demokratischen Gruppierungen und die mit dieser Thematik befassten Institutionen kontinuierlich kooperieren. Die Landeszentrale für politische Bildung arbeitet aktiv in Einrichtungen/Netzwerken gegen Rechtsextremismus mit, so z. B. im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz, im Landesbeirat für Migration und Integration, in der Steuerungsgruppe von Ballance2006 Rheinland-Pfalz und in der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus.

Die Landeszentrale stellt eine breite Palette von Informationsmaterial zu den Themen Gewalt, Migration, Rassismus und Rechtsextremismus zur Verfügung. Das Schriftenangebot zu diesem Themenkomplex umfasst zurzeit 65 Titel, die zum größten Teil über das Literaturangebot von jedem Bürger und jeder Bürgerin bestellt werden können. Das Angebot an Publikationen wird ständig aktualisiert und erweitert.

Bei diversen Veranstaltungen, zu denen die Landeszentrale eingeladen wird, werden Vorträge zu den Themenbereichen Rassismus und Rechtsextremismus gehalten.

Als weitere Maßnahme zur Prävention gegen rechtsextremistische Parteien und Organisationen führt die Landeszentrale für politische Bildung Projekte für Toleranz und Integration und gegen Rassismus und Rechtsextremismus durch. Darüber hinaus unterstützt sie viele Projekte von anderen Bildungseinrichtungen. Exemplarisch seien genannt:

„Zug der Erinnerung“

Im Frühjahr 2009 ermöglichte die Landeszentrale für politische Bildung die Fahrt des „Zuges der Erinnerung“, einer rollenden Ausstellung zum Thema der Ermordung von Kindern durch die Nationalsozialisten, durch Rheinland-Pfalz. An den Stationen Koblenz, Mainz, Worms, Ludwigshafen am Rhein und Speyer besuchten insgesamt 22 500 Menschen die Ausstellung.

Gedenkarbeit

An den beiden landeseigenen KZ-Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert wird von der Landeszentrale für politische Bildung Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus geleistet. Neben der Vermittlung und Problematisierung des historischen Geschehens in den Konzentrationslagern Osthofen und Hinzert sowie der Erinnerung an die Opfer und deren dort erlittenes Leid können Besuchgruppen, vor allem Schülerinnen und Schüler, durch die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus in ihrer Region einen unmittelbaren Bezug zu ihrer eigenen Gegenwart und Zukunft herstellen. Sie können – ausgehend von historischen Beispielen – auch aktuelle, selbst gemachte Erfahrungen mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Extremismus thematisieren und über die Missachtung von Menschenrechten in verschiedenen Ländern der Welt diskutieren. Dabei können sie sich auch mit Forderungen von rechtsextremistischen Parteien und Politikern auseinandersetzen, die aus der NS-Vergangenheit nichts gelernt haben und erneut Menschenrechte für nationalistische und rassistische Zielsetzungen unterdrücken wollen.

Gemeinsam mit dem „Netzwerk für Demokratie und Courage“ und dem Förderverein Projekt Osthofen wurde der Projekttag G „Gedenkstätte“ entwickelt, der sich vor allem mit dem Thema „Macht und Machtmissbrauch“ auseinandersetzt. Schülerinnen und Schüler oder Jugendliche aus der freien Jugendarbeit können dabei sowohl geschichtliche als auch alltägliche Strukturen von Machtmissbrauch erkennen und analysieren sowie gemeinsam couragierte Handlungsmöglichkeiten dagegen entwickeln. Somit kann der Projekttag G sinnvoll für die Vor- oder Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuchs genutzt werden und damit einen aktuellen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Jugendlichen herstellen.

Auch mit anderen, in den Gedenkstätten durchgeführten Projekten wird dieser Ansatz hin zu einer handlungs- und gegenwartsorientierten Menschenrechtspädagogik bei steigenden Besucherzahlen weiter verfolgt.

Die Landeszentrale für politische Bildung unterhält außerdem Kontakte zu anderen Gedenkstätten und -orten, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Nachdem die Zeit der unmittelbaren Zeitzeugen des Nationalsozialismus bald vorbei sein wird, müssen sich die Gedenkstätten neu orientieren und vernetzen. Schon seit langem bestehen Kontakte nach Luxemburg, Frankreich und Belgien. Nach mehreren bilateralen Treffen wurde im Jahr 2008 erstmals eine gedenkstättenpädagogische Tagung „Europäische

Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik zur NS-Zeit in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland“ für Fachleute aus allen vier Nationen in der Gedenkstätte KZ Osthofen mit über 70 Teilnehmern durchgeführt. Der Erfahrungs- und Meinungsaustausch diente dazu, über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im gedenkstättenpädagogischen Bereich zu diskutieren und die Chancen der Angleichung und Vernetzung der Gedenkstättenarbeit auszuloten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entwickelten eine Charta für die künftige Zusammenarbeit und beschlossen, die Zusammenarbeit u. a. mit einer jährlichen Tagung fortzusetzen. Eine Dokumentation der Tagung wird im September 2009 erscheinen, außerdem kann man sich auf der extra eingerichteten Homepage www.eu-tagung-osthofen.eu über die europäisch vernetzte Gedenkstättenarbeit informieren. Die nächste Tagung wird im Oktober 2009 in Luxemburg stattfinden.

Auch zur Woiwodschaft Opolen, Partnerregion des Landes Rheinland-Pfalz, wurden Kontakte geknüpft. Nach einem Besuch einer polnischen Delegation, u. a. mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kriegsgefangenenmuseums Lamsdorf und des Bildungskuratoriums der Woiwodschaft sowie nach einem Gegenbesuch einer deutschen Delegation aus den Gedenkstätten Osthofen und Hinzert in Opolen wurde 2008 eine engere Zusammenarbeit beschlossen. So fand im April 2009 eine erste gemeinsame Lehrerfortbildungstour mit deutschen und polnischen Lehrern in beiden Ländern an den drei beteiligten Gedenkstätten statt, um den Austausch zwischen polnischen und deutschen Schulen zu verbessern und die Gedenkstätten in künftige Austauschprogramme mit einzubeziehen. Zusätzliche Programme für Schulgruppen aus Deutschland und Polen sowie weitere Lehrerfortbildungen sind geplant.

Neben den eigenen Veranstaltungen in den beiden Gedenkstätten Osthofen und Hinzert stellt die Landeszentrale für politische Bildung die Räumlichkeiten der Gedenkstätten auch für andere Veranstaltungen zum Thema zur Verfügung. So fand 2008 das landesweite Netzwerktreffen des Programms „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit über 100 Teilnehmern in der Gedenkstätte KZ Osthofen statt. Auch eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus in Europa – ein Handlungsfeld europäischer Politik?“ wurde dort durchgeführt.

Es ist nicht immer einfach, historische Geschehnisse mit aktuellen Problemen zu vergleichen oder in Bezug zu setzen. Einen spannenden Ansatzpunkt bietet hier eine eher künstlerische Beschäftigung mit der Thematik. So entstanden in den letzten Jahren zwei Kunstprojekte in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Wiesbaden/Lehrgebiet Künstlerische Grafik unter Leitung von Professor Guido Ludes, der sich mit seinen Studentinnen und Studenten sehr intensiv mit den beiden Gedenkstätten Osthofen und Hinzert auseinandergesetzt hat. Die daraus entstandenen Projekte „Ausstieg rechts!“ (2007) zu Osthofen und „Grasnarbe“ (2009) zu Hinzert beschäftigen sich in künstlerischer Herangehensweise mit der historischen Thematik und schlagen spannende Bögen bis in die Gegenwart.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen ist im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit seit Gründung des interministeriellen Arbeitskreises zur Koordinierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus unter Federführung des Ministeriums des Innern und für Sport in die gemeinsamen und speziellen Maßnahmen in diesem Bereich eingebunden. Die Zusammenarbeit wird fortgesetzt im Rahmen der Kooperation mit der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus beim Ministerium des Innern und für Sport.

Die Präventionsarbeit des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen gegen Rechtsextremismus zielt vor allem auf die Verbesserung von Lebensbedingungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und dient somit der mittelbaren Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die damit verfolgten Ziele sind unter anderem die Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der Qualifikation von Arbeitssuchenden und die Verbesserung der gesellschaftlichen Integration und der Arbeitsmarktintegration von – insbesondere jungen – Migrantinnen und Migranten und schließlich die Intensivierung des Beratungs- und Hilfsangebots für Ausstiegswillige und deren soziales Umfeld.

Vor dem Hintergrund dieser Ziele haben Maßnahmen auf den Gebieten Arbeitsmarktpolitik, Migration und Integration und die Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten Vorrang und bilden die Schwerpunkte des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

In Rheinland-Pfalz werden jährlich rund 500 arbeitsmarktpolitische Projekte gefördert, für die rund 30 Mio. Euro aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Landes und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung stehen. Die Förderung konzentriert sich auf die Unterstützung von auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Personen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Die arbeitsmarktpolitischen Projekte haben zum Ziel, die Integrationschancen arbeitsloser Menschen zu verbessern. Im Sinne der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit kommt deshalb der Persönlichkeitsentwicklung und sozialen Stabilisierung des Einzelnen und den Möglichkeiten seiner Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen ein zentraler Stellenwert zu. Sie leisten so einen Beitrag zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung und damit auch zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Migration und Integration

Für die Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration (BLMI) ist die Prävention bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Bei allen aus den Mitteln der Beauftragten

der Landesregierung für Migration und Integration bezuschussten Integrationsprojekten wird daher im Sinne einer indirekten Prävention Toleranz und Verständnis für andere Bevölkerungsgruppen gefördert. Das Gesamtvolumen belief sich im Jahr 2008 auf 224 000 € für 76 Projekte und eigene Maßnahmen. Weiterhin zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration informiert über ihre Homepage www.integration.rlp.de (vormals www.auslaender.rlp.de) und durch die regelmäßig erscheinende Zeitschrift „Treffpunkt“ über aktuelle Entwicklungen und unterstützt die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Integrationsarbeit bei ihren Aktivitäten vor Ort.

Aus der Vielfalt der Projekte sind beispielhaft zu nennen:

- Aktionspartnerschaft „Vielfalt bewegt“ in Kooperation zwischen der Landesarbeitsmarktpolitik, dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in Rheinland-Pfalz und der Beauftragten für Migration und Integration mit den Schwerpunkten Sensibilisierung von öffentlichen und privaten Arbeitgebern für den Nutzen einer Personal- und Unternehmenspolitik der Vielfalt, um damit Vorarbeit für mehr Ausbildungsstellen und eine bessere Qualifizierung von Migrant*innen, für bessere Chancen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund und eine ausgewogene Praxis betrieblicher Weiterbildung zu leisten. Mit Unternehmen, die der Aktionspartnerschaft „Vielfalt bewegt“ beitreten, werden Selbstverpflichtungen geschlossen, wie sie Vielfalt in ihrem Unternehmen fördern und umsetzen können (Diversity Management). Die Unternehmen erhalten dabei auf Wunsch Beratung und Unterstützung.
- Präventionsprojekt „Ich meine gehört zu haben“ – Wanderausstellung „Migrationskiste“. Im Rahmen von Themenabenden, Projektwochen, Ausstellungen, Fachmessen wird mittels der Ausstellungstücke Vorurteilsbildung thematisiert, dadurch soll größere Toleranz und Verständnis gegenüber Migrantinnen und Migranten und gegenüber Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern erreicht werden.

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Es ist ein zentrales Anliegen des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW), geeignete Rahmenbedingungen für die betriebliche Aus- und Weiterbildung zu schaffen. Dies gilt aktuell für das Jahr 2009 wie auch für die Vorjahre.

Zu den vom MWVLW ergriffenen Maßnahmen gehören insbesondere die Förderung des Ausbildungsstellenangebots und überbetrieblicher Berufsbildungsstätten, die Förderung von Modellversuchen zur Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze in der Aus- und Weiterbildung sowie die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung.

Im Einzelnen ist auf folgende Maßnahmen hinzuweisen:

- Im Jahr 2009 wurde das Ausbildungsplatzdarlehen der Investitions- und Strukturbank (ISB) erneut aufgelegt.
- Neben der Darlehensförderung von Ausbildungsplätzen ist auch die Förderung der bewährten Verbundausbildung wieder aufgelegt worden. Die in den vergangenen Jahren gewachsene Nachfrage nach Verbundausbildung spricht für die Wirksamkeit dieses Instruments.
- Eine weitere erfolgreiche Maßnahme war auch 2009 die Förderung der Ausbildungsstellen-Akquisiteure, die gemeinsam von der Arbeitsverwaltung der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und dem MWVLW finanziert werden.
- Mit dem Programm „Förderung der Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben“ wird sichergestellt, dass Auszubildende, die ihre Ausbildung aufgrund einer Insolvenz beim bisherigen Ausbildungsbetrieb nicht fortführen können, die Ausbildung fortsetzen und abschließen können.
- Der ovale Tisch begleitet auch weiterhin im Rahmen der 2007 neu gefassten „Vereinbarung Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ die Umsetzung der Ziele des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs. Hier kooperieren Arbeitsverwaltung, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und die Landesregierung für eine bedarfsnahe Gestaltung von Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsmarktes und haben für die kommenden Jahre eine noch anspruchsvollere Zielvereinbarung geschlossen.

Alle diese Maßnahmen sind geeignet, die Bedingungen für eine positive Lebensperspektive junger Menschen zu verbessern und damit ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu stabilisieren. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

Maßnahmen der Prävention sind entsprechend des Aufgabenbereichs des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (MUFV) eher auf die Verbesserung des Lebensumfeldes der Menschen allgemein und die Stärkung der Persönlichkeit von Kindern im Besonderen ausgerichtet und erzielen daher vor allem mittelbare und langfristige Effekte.

So wird beispielsweise mit Blick auf die allgemeine, altersgemäße Persönlichkeitsbildung schon seit 1995 das Projekt „Kinderfreundliche Umwelt“ mit den Teilprojekten „Wasser und Natur erleben“ und „Spilleitplanung“ durchgeführt.

Die Spilleitplanung, die zusammen mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur entwickelt wurde, zielt darauf, das gesamte Wohnumfeld in Städten und Gemeinden mit abwechslungsreichen Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen für Kinder und Jugendliche zu realisieren. Das Projekt fördert die gesunde, eigenständige und soziale Entwicklung der beteiligten Mädchen und Jungen. Kinder und Jugendliche werden an Planungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt; durch diesen Beteiligungsvorgang wird den Kindern und Jugendlichen die Wichtigkeit ihrer Bedürfnisse bestätigt und vermittelt, dass sie in ihrer Stadt oder Gemeinde ernst genommen werden und etwas bewirken können.

Hierbei wird die Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit erweitert und im Rahmen von Aushandlungsprozessen die Fähigkeit zur sozialadäquaten Konfliktbewältigung entwickelt.

Weiter zu nennen sind die laufenden Aktivitäten des Konzeptes „Wasser und Natur erleben“, im Rahmen dessen naturnahe Spielangebote in Kitas, Schulen und öffentlichen Flächen geschaffen werden. Die naturnahen Spielangebote greifen nicht die bekannten konventionellen Spielgeräte auf den Spielplätzen auf, sondern die Flächen werden in ihrer natürlichen Eigenschaft beibehalten und durch natürliche Elemente, wie Steine oder Wasser, ergänzt. Hierbei können die Kinder und Jugendlichen Natur mit allen Sinnen erleben, ihre Kreativität einbringen und der Umgang mit den natürlichen Ressourcen wird erlernt und gefördert.

Für die Gestaltung und Einbringung eigener Leistung und die Nutzung der vorhandenen Ressourcen sind die Kinder in ihrer Entscheidung frei, auch dies führt zur Stärkung und Entwicklung des Selbstbewusstseins.

Es ist bekannt, dass Rechtsextremisten ihre Opfer gerne im Kreise unselbständiger und persönlichkeitschwacher Menschen suchen, so dass schon unsere bisherigen Maßnahmen zur Persönlichkeitsstärkung eine gute Grundlage zur Abwehr rechtsextremistischer Umtriebe bilden und zumindest eine gewisse Resistenz schaffen dürften.

Aufgrund der positiven Entwicklung des Selbstbewusstseins und Stärkung der Verantwortung werden in den Städten und Ortsgemeinden die Projekte unter anderem auch mit Unterstützung des MUFV weiter umgesetzt und entwickelt. Im Sinne einer positiven Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen hat das MUFV bereits seit 1997 im Rahmen des Programms „Kinderfreundliche Umwelt“ rund 400 Projekte unterstützt.

Weiterhin vermittelt Landesforsten forstliches Wissen spielerisch an Kinder und Jugendliche, das auch persönlichkeitsfördernd eingesetzt wird, so z. B. bei der Aktion „Treffpunkt Wald“, im Rahmen der Rucksackschule und der Ferienbetreuung, als Unterrichtselemente der Ganztagschulen, bei Waldjugendspielen, im Rahmen der Waldprogramme der Waldjugendherbergen und bei vielen ähnlichen Maßnahmen der forstlichen Umweltbildung. Eine derartige Förderung und Bildung trägt, gleichsam nebenher und spielerisch, zur Festigung und zum gesunden Wachstum der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen bei und schafft einen Schutz gegen rechtsextreme Einflüsse.

Teilweise nehmen rechtsextreme Gruppierungen eine Umdeutung des gängigen Naturschutz-, Heimat- und Ökologievokabulars vor, ohne dies deutlich zu machen. Dadurch besteht die Gefahr von „Türöffnereffekten“ in Richtung umweltengagierter Bevölkerungskreise, die missbräuchlich sind. In diesem Sinne ist es hilfreich, diese Begriffsumdeutungen offenzulegen und damit entsprechendes rechtsextremistisches Gedankengut zu „entfernen“, wie es auch beispielsweise im Rahmen der CD-ROM „Themenpark Landschaft und Heimat“ der Landeszentrale für Umweltaufklärung in den Kapiteln zum Nationalsozialismus gelungen ist.

4. Welche Maßnahmen kommen speziell im Bildungsbereich zur Anwendung?

Erziehung zur Demokratie und die Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten sind zentrale Grundlagen für Rechtsextremismusprävention. Dies gilt sowohl für den schulischen als auch den außerschulischen Bereich.

Rechtsextremismusprävention ist eine wichtige gesellschafts- und bildungspolitische Aufgabe. Sie ist eingebettet in die Verpflichtung von Schule, Jugendarbeit und Elternhaus, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen.

Wesentliche Aspekte schulischer wie außerschulischer Bildung sind, Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement zu befähigen und aufzufordern. Hierbei spielen die Vermittlung von politischem Wissen, aber auch die Förderung sozialer und persönlicher Kompetenzen eine wichtige Rolle.

Gerade vor dem Hintergrund, dass man Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit rational nur schwer begegnen kann, ist die Entwicklung demokratischer Denk- und Verhaltensstrukturen zentral, da sie die Ausbildung sogenannter Soft Skills, wie Konfliktlösungskompetenz, emotionale und soziale Intelligenz fördern.

Vor diesem Hintergrund sind Förderprogramme der politischen und sozialen Bildung, in schulischem wie außerschulischem Kontext ein bedeutsamer Beitrag zur Rechtsextremismusbekämpfung.

Für die Förderung von Maßnahmen der sozialen Bildung, die Kinder und Jugendliche darin unterstützen, soziale und persönliche Kompetenzen zu entwickeln und zu stärken, sind im aktuellen Haushalt jährlich rd. 943 000 € eingestellt. Maßnahmen der politischen Jugendbildung werden durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur jährlich mit 384 000 € unterstützt.

Partizipation

Partizipation ist ein Ziel, das für alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen gelten muss. Es ist sowohl Aufgabe als auch Chance von inner- und außerschulischer Bildungsarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Im Rahmen der Leitstelle Partizipation entwickelt und fördert das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen und Projekte, die es jungen Menschen ermöglichen, nicht nur mitzureden, sondern auch mitzugestalten. Beispielhaft seien hier folgende Maßnahmen genannt: Jährlich stattfindende Qualifizierungen für Fachkräfte der Jugendarbeit zur Durchführung von Beteiligungsprojekten. Fachliche Unterstützung, Förderung und Schulungen für die kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz. Entwicklung des Verfahrens Spielleitplanung durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz. Durch die Spielleitplanung werden räumliche Fachplanungen mit einer nachhaltigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene verzahnt; 27 Spielleitplanungsgemeinden wurden bislang durch beide Ministerien mit insgesamt ca. 413 000 € gefördert. Durchführung von Landeswettbewerben: Landeswettbewerb Spielleitplanung sowie Landeswettbewerb „Wir bestimmen mit!“ für

Beteiligungsprojekte von und mit Kindern und Jugendlichen. Die Wettbewerbe sollen als Anerkennung des Engagements für und in Beteiligungsprojekten sowie zur Motivation und Unterstützung für weitere Beteiligungsprojekte dienen. Entwicklung von Informationsmaterialien, insbesondere auch von Internetauftritten sowohl zum Verfahren Spielleitplanung (www.spielleitplanung.de) als auch zum Netzwerk Partizipation in Rheinland-Pfalz (www.net-part.rlp.de), um umfassend über rechtliche Grundlagen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Best-Practice-Beispiele und Projekte vor Ort zu informieren und darüber eine virtuelle Vernetzung landesweit herzustellen und zu gewährleisten.

Die internationale Jugendarbeit trägt ebenfalls dazu bei, den Austausch, die Begegnung und das Miteinander von Kulturen zu ermöglichen und auf diese Weise rechtsextremen Denkens- und Verhaltensstrukturen entgegenzuwirken. Vorurteile abzubauen sowie Vielfalt und Toleranz kennenzulernen sind Ziele internationaler Jugendarbeit und schulischer Begegnungsarbeit, die einen wichtigen Baustein innerhalb der Bildungspolitik des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur darstellt.

In Schulen werden zahlreiche Bildungsprogramme gefördert, die Sozialkompetenzen vermitteln, demokratiefördernd wirken und die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen unterstützen.

Partizipation ist für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur auch im Schulbereich von großer Bedeutung. Zwischen 2003 und 2007 wurden in rheinland-pfälzischen Schulen im Zuge des BLK-Versuchs „Demokratie lernen und leben“ Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schüler erprobt und entwickelt. Die an den beteiligten Schulen gewonnenen Erkenntnisse und die gemachten Erfahrungen werden seit dem Ende des Versuchs transferiert und anderen Schulen zugänglich gemacht. Zu diesem Zweck wurde am Pädagogischen Zentrum eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die in enger Kooperation mit der Serviceagentur „Ganztagig lernen“, dem Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung, den gemeinschaftskundlichen Fachverbänden, der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, weiteren Fort- und Weiterbildungs-trägern, dem Landeselternbeirat sowie der Landesschülervertretung den Transfer federführend umsetzt. Über Studientage, Fortbildungen, Lehrerausbildung, eine Homepage, über die Zusammenarbeit mit verschiedenen Beratergruppen und über den Aufbau eines Netzwerks demokratischer Schulen wurden inzwischen etwa 20 weitere Schulen für die demokratische Schulentwicklung gewonnen. Angestrebt ist es, die Demokratiepädagogik und die damit einhergehende Rechtsextremismusprävention zu einem Teil schulischer Qualitätsprogramme zu machen.

Gewaltprävention

Im Vordergrund von Gewaltprävention steht die Primärprävention. Diese zielt darauf ab, dass zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durch gezielte Arbeit mit den Schulklassen persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen trainiert werden. Insgesamt wurden bisher mehr als 800 Schulen mit solchen Programmen erreicht. Damit hat über die Hälfte der rheinland-pfälzischen Schulen an primärpräventiven Programmen teilgenommen. Anträge aus Schulen, die gewaltpräventive Projekte durchführen, werden auf Antrag unterstützt. Die Internetplattform „Gewalt tut weh“ (www.gewalt-tut-weh.de), die eine AG des Landespräventionsrates im Ministerium des Innern und für Sport in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und Vertreterinnen und Vertretern anderer Institutionen erarbeitet hat, ist eine Informations- und Unterstützungsmaßnahme, die sich an Lehrkräfte in Schulen richtet. Lehrerinnen und Lehrer sollen in konkreten Konfliktfällen innerhalb der Schule die Möglichkeit haben, schnell und praxisorientiert über das Internet Hilfe zu erhalten.

Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 wurden die Mittel für Gewaltprävention von 109 100 € auf 170 000 € erhöht. Mit der Erhöhung können auch Maßnahmen der Demokratieerziehung und der politischen Bildung an Schulen verstärkt gefördert werden.

Information

Seit 2002 werden parallel zu Bundes- und Landtagswahlen sogenannte Juniorwahlen durchgeführt. Bei der Juniorwahl geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. Im Unterricht werden simulierte Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Etwa einen Monat vor der Wahl werden die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 aller Schulformen auf das Projekt vorbereitet. Im Jahr 2006 nahmen etwa 10 000 Schülerinnen und Schüler aus 55 Schulen teil, bei den Juniorwahlen parallel zur Europawahl 2009 waren es etwa 5 500 und zur Bundestagswahl 2009 ca. 17 500 Schülerinnen und Schüler aus etwa 80 Schulen.

Seit dem Schuljahr 2007/2008 wird der „Tag des politischen Gesprächs“ durchgeführt. Ausgangspunkt für die Überlegung zur Implementierung eines „Tags des politischen Gesprächs“ war die Arbeit der 2004 vom Landtag Rheinland-Pfalz eingesetzten Enquete-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“.

Ziel und Anliegen der Kommission war es, die bestehende Distanz zwischen Politikern und Kindern und Jugendlichen, die sich im Alltag wahrnehmen lässt, zu verringern und Interesse für politisches Leben und demokratische Vorgänge zu wecken. Die Kommission hat ihre Arbeit im Dezember 2005 beendet und den Abschlussbericht (Landtagsdrucksache 14/4800) der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Abschlussbericht stellt in kinder- und jugendpolitischer wie in bildungspolitischer Hinsicht ein wichtiges Dokument für die jetzige und die künftige Politik des Landes dar und beinhaltet Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge zur Verringerung der Distanz zwischen Politik und Jugend. Eine Empfehlung der Kommission betrifft die Initiierung eines „Tags des politischen Gesprächs“ an Schulen in Rheinland-Pfalz.

Am Pädagogischen Zentrum in Bad Kreuznach ist 2007 die Koordinierungsstelle „Zeugen der Zeit“ eingerichtet worden, die Schulen beim Einsatz von Zeitzeugen vermittelnd und beratend zur Seite steht und weitere Zeitzeugen sucht und gewinnt. Mit dem Einsatz von Zeitzeugen wird Geschichte für Schülerinnen und Schüler begreif- und erlebbar.

Über die unmittelbare Teilhabe an vergangenem Geschehen und über persönliche Schicksale ist es aus fachlicher Sicht leichter, die Diktatur in ihrer alltäglichen Unmenschlichkeit und Indoktrination nachzuvollziehen.

Der Lehrplan Gesellschaftswissenschaften wird seit 2009 überarbeitet. Die dazu eingerichtete fachdidaktische Kommission hat den Auftrag erhalten, insbesondere Fragen der Demokratiepädagogik und der Holocaust-Erziehung ausführlich zu behandeln. Neben den veränderten Inhalten sollen vor allem zeitgemäße Methoden und fachdidaktische Hinweise vermittelt werden. Insbesondere werden Gedenkarbeit, der Einsatz von Zeitzeugen und Öffnung der Schule zu außerschulischen Partnern eine wichtige Rolle spielen.

Die Projektstage des Netzwerkes für Demokratie und Courage (NDC) laufen seit 1999. Es führt mit finanzieller Förderung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und des Ministeriums des Innern und für Sport jährlich rund 120 Projektstage an Schulen gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt und Demokratie durch. Die Projektstage werden von ehrenamtlich tätigen Jugendlichen gestaltet, die vom Netzwerk in Zusammenarbeit mit den beteiligten Jugendverbänden geschult werden. Die Projektstage des NDC sind ein Zukunftsmodell, das qualitativ und quantitativ weiterentwickelt wird. Die große Nachfrage von Schulen nach Projekttagen zeigt, dass das Angebot des Netzwerkes einen erfolgreichen Weg geht. Es trägt zur Öffnung von Schulen für neue Lehr- und Lernformen bei und stärkt Jugendliche in der Entwicklung demokratischen Bewusstseins. Die Neuausrichtung des Projekts auf die Bereiche Berufsbildung, Multiplikatorenschulung und Migration stellt eine wichtige inhaltliche Fortentwicklung für die Ansprache Jugendlicher dar.

Einen wichtigen Baustein im Rahmen der Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus stellen unterschiedliche Veranstaltungskonzepte dar. Die intensive Betätigung im Bildungsbereich wird dokumentiert durch eine Vielzahl von Eigenveranstaltungen sowie die (finanzielle, sachliche und personelle) Unterstützung von Kooperationspartnern. Zielgruppen sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und interessierte Jugendliche und Erwachsene. Exemplarisch für die Eigenveranstaltungen der Landeszentrale sind:

Info-Tagungen „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? Wir tun was! Eine Initiative für Rheinland-Pfalz“

Die Tagungen sollen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich aufgrund neuester Informationen mit der gegenwärtigen Situation auseinanderzusetzen. Dabei sind inhaltliche Schwerpunkte unter anderem Ursachen für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Jugend und Rechtsextremismus, Musik der Rechtsextremisten und Rechtsextremismus im Internet. Neben neuesten Informationen werden in Info-/Workshops praxisnahe transferierbare Themen und Beispiele für Lösungsansätze behandelt. Darüber hinaus ist eine intensive Vernetzung der bisherigen Bildungsarbeit auf lokaler und regionaler Ebene beabsichtigt. Deshalb werden immer auch die jeweiligen lokalen Institutionen, Initiativen, Programme gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit etc. in das Konzept der Tagung mit einbezogen.

Seit 2006 fanden solche Tagungen mit jeweils über 100 Teilnehmern in elf Städten (u. a. Ludwigshafen, Wittlich, Worms, Koblenz, Trier, Mainz, Speyer und Idar-Oberstein) statt. Die Veranstaltungen werden fortgesetzt.

Aus diesen Tagungen heraus ist die Publikation „Multiplikatoren gegen Rechtsextremismus“ (Verlag Peter Lang 2009) entstanden.

Vortrags- und Diskussionsforen

Die Vortrags- und Diskussionsforen sind z. T. aktuellen Themen, z. T. thematischen Schwerpunkten gewidmet. So fanden z. B. ein zweitägiges Forum zur Prävention gegen Gewalt und Rechtsextremismus für 150 Absolventen und Studienleiter eines Studienseminars für Grund- und Hauptschulen (April 2009) und in den Jahren 2008/2009 verschiedene Veranstaltungen zur europäischen Perspektive statt.

Aufgaben wie Integration oder die Bekämpfung demokratiefeindlicher Bewegungen werden zunehmend als europäische Fragen begriffen, eine Betrachtungsweise über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus erscheint immer dringlicher. Inzwischen gibt es in einigen Bereichen eine gemeinsame Politik mit gemeinsamen Richtlinien und Verordnungen.

Neben Potenzialen und Perspektiven europäischer Politik bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurden Ursachen für Fremdenfeindlichkeit, aktuelle Informationen über extremistische Strömungen und Parteien in den verschiedenen Ländern West- und Osteuropas und Aspekte der Arbeit vor Ort thematisiert.

Veranstaltungen fanden in Kaiserslautern („Bedrohtes Europa? Rassismus und Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie“), in der Gedenkstätte KZ Osthofen („Rechtsextremismus in Europa – ein Handlungsfeld europäischer Politik?“) und in Mainz („Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa“) statt.

Um das Miteinander der Kulturen in den Gesellschaften Europas zu regeln, bedarf es tragfähiger politischer Konzepte, deren Konzeption und Diskussion Gegenstand des Forums „Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration im Kontext europäischer Staaten und europäischer Politik“ waren.

Eine essentielle Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Integration ist die politische, soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Möglichkeiten und Potenziale der politischen Partizipation und ihre Integrationskraft für Politik und Gesellschaft sind Gegenstand einer Reihe von Vortrags- und Diskussionsforen im Vorfeld der Wahlen zu den neuen Beiräten für Migration und Integration.

Seminare „Argumentationstraining gegen Fremdenfeindlichkeit“

Argumentationstrainings bieten den Teilnehmern einen Tag lang unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und Strategien im Umgang mit rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Äußerungen und Manifestationen. Sie erläutern psychologische Hintergründe und eröffnen Analysemethoden und Kommunikationstechniken. Fremdenfeindliche und antisemitische Sprüche und Parolen werden entkräftet und Hilfen gegeben für sinnvolles Argumentieren und Eingreifen.

Je nach Situation werden unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten diskutiert und im Rollenspiel erprobt. Die Seminare sollen den Einsatz für Toleranz, Menschenrechte und gegen Gewalt, Rassismus und Extremismus „trainieren“ und hierzu Materialien an die Hand geben.

In mehreren Städten fanden Veranstaltungen zu Themen wie z. B. „Fremdenfeindliche und menschenverachtende Stammtischparolen – ein Nährboden für Extremisten?“ oder „Argumentationstraining gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ statt.

Aufgrund der großen Nachfrage soll das Veranstaltungsmodul „Argumentationstraining“ weiterhin – zu verschiedenen Themenbereichen – stattfinden.

Ein besonderes Augenmerk legt die Landeszentrale für politische Bildung auf den schulischen Bereich. Es finden Diskussionsrunden und Vorträge in Schulen statt.

Seit April 2008 hat die Landeszentrale für politische Bildung die Landeskoordination für das europaweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR – SMC) übernommen. SOR – SMC ist eine Initiative von und für Schülerinnen und Schüler, die sich aktiv und langfristig gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus und für eine tolerante, gewaltfreie und demokratische Gesellschaft engagieren wollen. Seit 2008 ist die Zahl der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ in Rheinland-Pfalz von 11 auf 29 angewachsen, über 20 weitere sind auf dem Weg. Das sind ca. 30 000 Schülerinnen und Schüler, die sich für Toleranz und Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren. Die Landeszentrale für politische Bildung betreut die Projektschulen. Sie vernetzt die Schulen untereinander, sie hilft bei der Konzeption und Durchführung von Projekten und vermittelt Projektpartner. Sie informiert und berät interessierte Schulen und führt Netzwerktreffen durch (s. a. Antwort IV. 3.).

Das Thema Rechtsextremismus ist ein wichtiger Bestandteil der Lehrerfortbildung in Rheinland-Pfalz.

Neben den Fortbildungsangeboten der Landeszentrale für politische Bildung gibt es weitere Angebote der staatlichen und kirchlichen pädagogischen Serviceeinrichtungen zum Thema „Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft“, die diese Thematik direkt oder indirekt beinhalten:

Institut für schulische Fortbildung und schulpädagogische Beratung (IFB):

Nachdem das IFB in der Vergangenheit festgestellt hat, dass spezielle Veranstaltungen zu diesem Thema nur unbefriedigend nachgefragt wurden, wurde das Thema bei anderen Veranstaltungen an geeigneten Stellen einbezogen. So wurde z. B. bei der Veranstaltung „Die Pfalz im Nationalsozialismus“ im Frühjahr 2009 ein Modul „Rechtsextremismus heute – alte Parolen, neue Gefahr“ eingefügt, das – wie die gesamte Veranstaltung – von den Lehrkräften sehr gut nachgefragt war.

Die mittelbare Behandlung des Themas Rechtsextremismus gilt auch für die Angebote im Bereich der Gewaltprävention wie z. B. „Prävention im Team“ (PIT), „Programm zu Primärprävention“ (PROPP) und andere mehr.

Hinzuweisen ist auch auf die dem IFB angegliederte Serviceagentur „Ganztägig lernen in Rheinland-Pfalz“, die im Kanon der Angebote des IFB die Partizipation aller Akteure an Ganztagschulen fördert. Die Serviceagentur beim IFB kooperiert dabei sehr eng mit der Koordinierungsstelle zum Transfer des BLK-Versuchs „Demokratie Lernen und Leben“ am Pädagogischen Zentrum in Bad Kreuznach. Die Serviceagentur macht dabei folgende Angebote, die zugleich präventiven und bildenden Charakter haben:

- Regionale Netzwerke mit Modellschulen für Partizipation und Demokratie.
- Standardisierte abrufbare Angebote für Ganztagschulen zur Förderung der Beteiligung, z. B. durch die Einführung von Klassenräten³⁾.
- In Kooperation mit Modellschulen pro Jahr etwa 15 Fortbildungen an Schulen für Schulen im Sinne des voneinander Lernens. Diese Fortbildungen vermitteln Ansätze einer Anerkennungskultur, des Verantwortungslernens usw.
- Darüber hinaus wirkt die Serviceagentur mit Infoständen und Workshops maßgeblich an diversen landesweiten Tagungen und Aktivitäten mit und gibt den Schulen so Hilfestellung zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Zu nennen sind hier der jährliche Landesdemokratietag unter Federführung der Staatskanzlei, der alle zwei Jahre stattfindende Ganztagschulkongress des Landes, Fachtagungen im IFB sowie der Tag des politischen Gesprächs, der seit 2007 jährlich an möglichst vielen Schulen durchgeführt wird.

3) Der Klassenrat ist die Versammlung aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse. In diesem Konzept spielt die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Im Klassenrat haben alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse gleichberechtigt die Möglichkeit, ihre Meinung zu allen zur Diskussion stehenden Themen zu äußern, neue Themen einzubringen und über das gemeinsame Lernen und Zusammenleben mitzubestimmen. Darüber hinaus lernen die Schülerinnen und Schüler, eine Diskussion zu führen und zu leiten, sich an vereinbarte Gesprächsregeln zu halten und nach den allgemein üblichen Geschäftsordnungspraktiken zu verfahren.

Auch wenn das Thema „Rechtsextremismus“ hier nicht unmittelbar im Zentrum steht, so ist doch die präventive Wirkung dieser Angebote wichtig.

Pädagogisches Zentrum (PZ):

Das Pädagogische Zentrum bietet z. B. im Rahmen des Projekts „Prävention im Team“ (PIT) entsprechende Angebote für Lehrkräfte auch mit dem Schwerpunkt Fremdenfeindlichkeit (neben den Schwerpunkten Gewalt und Sucht) an. Die Angebote erfolgen in Zusammenarbeit mit dem IFB und dem Landeskriminalamt.

Darüber hinaus bietet das Pädagogische Zentrum ein Seminar „Für Freiheit ohne Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus“ an, das die Schulen nachfragen können.

In jedem Referendarjahrgang ist das PZ am Studienseminar Bad Kreuznach zum Thema „Gewaltprävention und Rechtsextremismus“ engagiert. Darüber hinaus unterstützt das PZ die Schulen auch bei Projekttagen zu diesem Thema.

Landesmedienzentrum (LMZ):

Für das LMZ gilt, dass das Thema „Rechtsextremismus als Gefahr für Demokratie und Gesellschaft“ sowohl in den verschiedenen Medien aufgegriffen wird, als auch in den Fortbildungsangeboten fest verankert ist.

Besonders hinzuweisen ist auf den Arbeitsbereich „Jugendmedienschutz“ des LMZ, der einerseits Landesmoderatorinnen und -moderatoren für Jugendmedienschutz ausbildet und fortlaufend weiterqualifiziert sowie Studientage zum Jugendmedienschutz bzw. zum Umgang mit dem Internet durchführt.

Der verantwortungsvolle Umgang mit dem Internet ist sicherlich ein wesentlicher Beitrag zur Eindämmung der Verbreitung rechts-extremistischen Gedankenguts.

Neben den drei staatlichen pädagogischen Serviceeinrichtungen engagieren sich auch die beiden kirchlichen Lehrerfortbildungseinrichtungen:

Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung der rheinland-pfälzischen (Erz-)Diözesen (ILF):

Gemeinsam mit anderen Trägern veranstaltet das ILF jährlich den „Demokratietag Rheinland-Pfalz“, an dem in jedem Jahr rund 300 Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler rheinland-pfälzischer Schulen teilnehmen. Regelmäßiger Bestandteil der Veranstaltung ist ein Workshop zum Thema „Rechtsextremismus und Gewaltprävention“, der immer gut nachgefragt wird. Der Demokratietag Rheinland-Pfalz wird jedes Jahr in einer anderen Schule im Land ausgerichtet.

Erziehungswissenschaftliches Fort- und Weiterbildungsinstitut der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI):

Das EFWI führt jährlich zusammen mit der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung – Landesverband Rheinland-Pfalz – und der Landeszentrale für politische Bildung die „Tage der politischen Bildung“ als Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte durch. Der politische Extremismus im virtuellen und realen Leben war z. B. Thema der neunten Tage der politischen Bildung im September 2008 zum Thema „Schöne neue (Medien-) Welt?“ in Landau. Daneben führt das EFWI regelmäßige Lehrerfortbildungsveranstaltungen durch, die dem Thema „Menschenrechte“ gewidmet sind.

Hinzuweisen ist auch auf die beiden EFWI-Projekte „Pädagogische Schulentwicklung“ und „Erwachsen werden“, die auf den Aufbau und die Stärkung von Haltungen und Kompetenzen zielen, die wesentlich für den Umgang mit rechtsextremen Strömungen sind: Selbstvertrauen und Toleranz, soziale und kommunikative Kompetenz, Teamfähigkeit u. a.

5. Was unternimmt die Landesregierung im Bereich der politischen Bildung, um die Kenntnisvermittlung über Demokratie zu fördern?

Im Rahmen des rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetzes können Maßnahmen zur Kenntnisvermittlung über Demokratie u. a. im Rahmen der Sachgebiete „Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde“ sowie „Politik, Gesellschaft, Gleichstellung“ gefördert werden. Laut Weiterbildungsstatistik des Statistischen Landesamtes wurden im Jahr 2007 in diesen Sachgebieten 6 602 Maßnahmen mit 50 278 Weiterbildungsstunden und 162 446 Teilnehmenden gefördert.

Im Rahmen der im Doppelhaushalt 2007/2008 eingeführten neuen Schwerpunktförderung für Maßnahmen zur Förderung gesellschaftspolitischer Bildung sollen eine Verbreiterung des Angebotes und eine Verstärkung der Förderung von Maßnahmen mit besonderer gesellschaftspolitischer Bildungsintensität erfolgen. Maßnahmen mit besonderer gesellschaftspolitischer Bildungsintensität dienen vor allem der Verbesserung der Orientierung im gesellschaftlichen und politischen Geschehen sowie der Stärkung der Bereitschaft zur Teilhabe und Mitwirkung (Bürgergesellschaft).

Darüber hinaus sollen die Mittel die Weiterbildungsträger in die Lage versetzen, bei Bedarf kurzfristig Maßnahmen zu aktuellen Themen und Anlässen von besonderem gesellschaftlichem Interesse durchzuführen (z. B. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus).

Weiterhin bietet das rheinland-pfälzische Bildungsfreistellungsgesetz den im Lande Beschäftigten die Möglichkeit, von der Arbeit zum Zwecke der beruflichen und der gesellschaftspolitischen Weiterbildung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber freigestellt zu werden. Als gesellschaftspolitische Weiterbildungen wurden von hier 25 Veranstaltungen anerkannt, die 2009 bundesweit zum Thema Demokratie und Rechtsextremismus stattfanden.

In der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung ist und bleibt Demokratie ein zentrales und immer wieder aktuelles Thema, das mit seiner grundlegenden Bedeutung in viele andere Bereiche und Themenkomplexe hineinwirkt.

Bei den Veranstaltungen, Aktionen und Projekten im Bereich Migration/Integration, Extremismus und Gewalt geht es natürlich auch um die Ausbildung eines demokratischen Bewusstseins oder um die Förderung des Einsatzes für die Werte unserer Demokratie.

Die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt die Bildungsarbeit außer durch eigene Veranstaltungen auch durch die Förderung und Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen in Form von Projekten und Seminaren, aber auch mit Materialien.

Im Rahmen des Schüler- und Jugendwettbewerb, den die Landeszentrale gemeinsam mit dem Landtag Rheinland-Pfalz seit 1987 durchführt, wurden zahlreiche Themen zur Bearbeitung angeboten, die das Demokratieverständnis und die Auseinandersetzung mit der Staats- und Gesellschaftsordnung fördern. Dazu zählen u. a.:

- Sie leben mitten unter uns: Aussiedler – Ausländer – Asylanten in Rheinland-Pfalz.
- Zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in Rheinland-Pfalz und Thüringen: Ursachen, Auswirkungen, Folgerungen.
- Ich engagiere mich!
- Es begann vor 50 Jahren... Gründung und Gegenwart von Rheinland-Pfalz.
- 1848/49: Die Demokratische Revolution.
- 1938: Die Reichspogromnacht.
- 1998: Politik in Rheinland-Pfalz – Die Arbeit des Landtags.
- 90 Jahre Frauenwahlrecht.
- Gegen-, Für- oder Miteinander – Jung und Alt im Dialog.
- Zehn Jahre Deutsche Einheit.
- Politische Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort.
- Zivilcourage wagen, Gewalt begegnen.
- Demokratie fängt bei uns an: Mitentscheiden und mitverantworten.
- Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus – eine ständige Herausforderung.
- Ohne Wahl geht nichts!
- Es begann vor 60 Jahren – Rheinland-Pfalz, ein neues Land im Herzen Europas.
- Schwarz-Rot-Gold – 175 Jahre Hambacher Fest.
- 20 Jahre nach dem Mauerfall – Was wissen wir von den neuen Bundesländern?
- Viele Kulturen – gemeinsam leben: Ein interkulturelles Miteinander.
- 20 Jahre der Deutschen Einheit: Vergangenheit und Gegenwart. Ist zusammen gewachsen, was zusammen gehört?

Seit mehr als 20 Jahren bietet die Landeszentrale für politische Bildung Landtagsseminare an. Wegen der großen Nachfrage wurde im Laufe der Jahre die Anzahl der Termine inzwischen von drei auf sechs Veranstaltungen erhöht, wovon zwei Seminare ausschließlich für Schülerinnen und Schüler konzipiert wurden. Mit diesem Angebot wird Erwachsenen wie auch Jugendlichen ein Eindruck von der Arbeitsweise des Parlaments, seiner Gremien und Repräsentanten in Theorie und Praxis vermittelt.

Politische Teilhabe ist ein Ausdruck von Demokratie, die nicht zuletzt durch Wahlen Bedeutung erlangt. Aus diesem Grunde misst die Landeszentrale für politische Bildung dem Thema „Wahlen und Wahlbeteiligung“ einen besonderen Stellenwert zu. Mit einer Fülle von Informationsmaterialien, die über einen konkreten Wahltermin hinaus von Interesse sind, wird über demokratische Grundlagen, Parteien, Begriffe und Hintergründe informiert. Die Informationen stehen sowohl Bürgerinnen und Bürgern wie auch zahlreichen Einrichtungen im Land zur Verfügung, die mittels sogenannter Wahlecken Material der Landeszentrale bereitstellen.

Gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Landtag und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur führt die Landeszentrale für politische Bildung außerdem Juniorwahlen durch.

Darüber hinaus werden in zahlreichen Veranstaltungen im Jahr Kenntnisse über demokratische Strukturen und politische Teilhabe vermittelt.

Ein breites Angebot von Verlags- und Eigenpublikationen der Landeszentrale für politische Bildung vermittelt historische Kenntnisse zur Entwicklung der Demokratie und ihren Gestaltungsmöglichkeiten. Gleichzeitig befasst sich das Angebot mit den Perspektiven, aber auch mit möglichen Gefährdungen. Die Informationsschriften beschränken sich nicht nur auf die innerstaatlichen Bereiche, sondern stellen zudem die europäischen und internationalen Aspekte einer demokratischen Ordnung dar.

In diesem Kontext ist auch die öffentlich zugängliche Bibliothek der Landeszentrale für politische Bildung mit ca. 13 000 Titeln zu erwähnen.

6. Welche Hilfsangebote existieren für betroffene Jugendliche und Familien?

In der fachlichen Zuständigkeit des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur werden drei Projekte durchgeführt, die entsprechende Hilfsangebote machen. Sie sind ebenso wie ein viertes, das unter IV. 7. dargestellt wird, beim Landesamt für

Soziales, Jugend und Versorgung – Abteilung Landesjugendamt – angesiedelt. Organisatorisch und finanziell zuständig ist deshalb das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Für die Projekte wurden im Jahr 2008 für Personalausgaben 281 489,77 € und 11 986,51 € für Sachkosten einschließlich der Kosten für Informations- und Kommunikationstechnik verausgabt.

Aussteigerprogramm (R)AUSwege

Jungen Menschen, die durch besondere Umstände in die rechtsextremistische Szene gelangt sind und die keinen Ausweg sehen, sich von ihr gänzlich aus eigener Kraft zu befreien, soll die Tür nicht zugeschlagen werden. Aus diesem Grund hat Rheinland-Pfalz 2001 das Aussteigerprogramm (R)AUSwege ins Leben gerufen.

Die kostenlose Nummer 0800 – 45 46 000 bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance, einen ersten anonymen Kontakt zum Aussteigerprogramm (R)AUSwege herzustellen.

Gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen überlegen die Projektmitarbeiter, welche Ausstiegshilfen nötig sind und wie diese erschlossen werden können.

Sie kooperieren dabei eng mit den Trägern von Hilfsangeboten vor Ort. Beim Übergang zu diesen Hilfen bieten sie den Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine persönliche Begleitung und Betreuung an. Im Einzelfall ergänzen sie die örtlichen Angebote durch besondere Leistungen des Aussteigerprogramms.

„Elterninitiative gegen Rechts – Hilfen für Eltern von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen“

Die „Elterninitiative gegen Rechts“ bietet rheinland-pfälzischen Eltern sowie Angehörigen von Jugendlichen, die in den Einflussbereich der rechten Szene geraten sind, Unterstützung und Hilfe an. Auch Fachkräfte wie Erziehungsberater, Jugendpfleger, Lehrer usw. können sich an die „Elterninitiative gegen Rechts“ wenden. Die Beratung kann telefonisch (auch anonym), über Internet und persönlich vor Ort erfolgen.

Zusätzlich initiiert die Elterninitiative bei Bedarf lokale Elternselbsthilfegruppen, in denen sich betroffene Väter und Mütter treffen können.

Kommunikationsplattform gegen Rechtsextremismus „Komplex“

Die interaktive Kommunikationsplattform bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in den Einflussbereich rechtsextremistischer Gruppen oder Organisationen geraten oder diesbezüglich gefährdet sind, individuelle Mailberatung, Foren, Chats und Informationen an.

Das Projekt „Komplex“ wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Jahr 2008 mit 76 491 € unterstützt. Das Projekt „Beratungsnetzwerke“ (Zeitraum 1. September 2007 bis 31. August 2008) erhielt aus dem Bundesprogramm „kompetent für Demokratie-Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ 19 427,22 € für das Personal der Landeskoordinierungsstelle und 97 014,52 €, die zur Weiterleitung an Dritte bestimmt waren. Die Bundesförderung nimmt stufenweise ab und soll im Jahr 2010 auslaufen.

Neben dem „Eingang“ für junge Menschen gibt es einen speziellen Zugang für Eltern von rechtsextremistisch gefährdeten jungen Menschen. Er bietet ihnen Information und Unterstützung sowie einen durch spezielle Zugangsrechte gesicherten Raum zum Erfahrungsaustausch an.

Ein weiterer Portalzugang ist für Multiplikatoren und Fachkräfte bestimmt, die pädagogisch gegen Rechtsextremismus arbeiten oder sich dafür interessieren. Sie erhalten Informationen, etwa auch zu anderen regionalen und überregionalen Projekten sowie Angebote zur Vernetzung und zum fachlichen Austausch.

7. Welche Angebote stehen speziell den Kommunen zur Verfügung?

Im Jahr 2007 wurde vom Ministerium des Innern und für Sport die Broschüre „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ herausgegeben. Die Publikation informiert anhand mehrerer Fallbeispiele über Strategien und Vorgehensweisen der Rechtsextremisten und über geeignete Gegenmaßnahmen, so beispielsweise beim Versuch von Rechtsextremisten, Immobilien zu erwerben oder bei der Durchführung von Konzerten.

Die Verwaltungen der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, der verbandsfreien Städte und Gemeinden sowie der Verbandsgemeinden sind als örtliche Ordnungsbehörden gemäß § 89 Abs. 1 und § 90 Abs. 1 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes in Verbindung mit § 1 der Landesverordnung über die Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden auch zuständige Behörden nach dem Versammlungsgesetz. Um den Versammlungsbehörden einen aktuellen Überblick zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit und eine praktische Hilfestellung bei der Anwendung dieses komplexen und gerade im Hinblick auf die Zunahme rechtsextremistischer Versammlungen oft schwierigen Rechtsgebiets zu geben, hat das Ministerium des Innern und für Sport im Jahr 2008 einen Leitfaden Versammlungsrecht herausgegeben. Es findet zudem eine intensive Beratung der allgemeinen Ordnungsbehörden in versammlungsrechtlichen Fragen durch das Ministerium des Innern und für Sport (teilweise auf Anfrage zu konkret bevorstehenden Versammlungen) statt.

Die Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus hat im Jahr 2008 ihre Arbeit mit einer Veranstaltungsreihe für kommunale Gebietskörperschaften aufgenommen, die auf große Resonanz stieß. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen wurden eingehend über die aktuelle Lageentwicklung im Rechtsextremismus und über Gegenstrategien informiert.

Für die Kommunen hat die Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus in der ersten Jahreshälfte 2009 ein internes Internetportal eingerichtet. Dieses dient vor allem als Informationsplattform. In diesem Zusammenhang erschien die neue Schriftenreihe „Informationen zum Rechtsextremismus“, die mittlerweile 13 Ausgaben umfasst, und die speziell auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten ist.

Im Hinblick auf die bei der Kommunalwahl 2009 vereinzelt errungenen Mandatsgewinne rechtsextremistischer Parteien bietet die Präventionsagentur gezielte Beratungen zum Thema „Rechtsextremisten in Parlamenten“ an.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Abteilung Landesjugendamt – ist neben den o. g. Sonderprojekten gegen Rechtsextremismus (s. a. Antwort IV. 6.) das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ angesiedelt. Fachlich ist es ebenfalls dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur zugeordnet. Organisatorisch sowie finanziell wird es verantwortet vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen.

Das Beratungsnetzwerk wurde im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent für Demokratie“ gebildet. Kernelement ist ein Netzwerk aus Vertreterinnen und Vertretern von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, die ihr Expertenwissen zum Thema Rechtsextremismus einbringen.

Diese Experten werden auch vor Ort aktiv. Sie unterstützen gemeinsam mit örtlichen Akteuren das Gemeinwesen, im Sinne des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und gegen Rechtsextremismus nachhaltig wirksame Maßnahmen zu planen und durchzuführen. Eine besondere Initiativfunktion kommt dabei den regionalen „Beratungsknoten“ zu. Dies sind Fachkräfte, die bei Trägern der freien Jugendhilfe angesiedelt sind. Die Beratung und Unterstützung erfolgt schnell, unbürokratisch und kostenlos.

8. *Wie schätzt die Landesregierung die Wirkung eines NPD-Verbotes ein?*

Der Parlamentarische Rat hat zum Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Möglichkeit des Verbots einer Partei im Grundgesetz festgeschrieben. Wenn unsere Verfassung dieses Instrument der wehrhaften Demokratie ausdrücklich vorsieht, dürfen wir uns angesichts unserer historischen Verantwortung auch nicht scheuen, es anzuwenden.

Die Seelenverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus ist offenkundig. Fast 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges agiert eine Partei in Deutschland, die eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ als Gegenentwurf zum demokratischen Rechtsstaat propagiert. Auch die Nationalsozialisten haben diesen Begriff gebraucht. Er bedeutet nichts anderes als Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung. Mit ihrer fortwährenden Hetze überzieht die NPD alle, die nicht ihrem Weltbild entsprechen. Ihre Funktionäre, Mitglieder und Anhänger diffamieren Menschen als „Rassefremde“. Auch dieser Begriff gehörte zum Vokabular der Nationalsozialisten. Betroffen sind Migrantinnen und Migranten, Juden und Muslime, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle und Obdachlose sowie der politische Gegner. Die braunen Demagogen machen in ihrer Menschenverachtung vor niemandem halt, indem sie Mitmenschen als „Sozialschnorrer, Arbeitsplatzdiebe, fremde Landräuber, Fremdkörper, arrogante Wohlstandsneger, Viren und Parasiten“ usw. bezeichnen. Auch die Demokratie und ihre Repräsentanten überzieht die NPD mit Schmähungen. Sie spricht von einem „Gaunerstaat“ und „seinen erbärmlichen Knechten“⁴⁾. Die NPD wird auch physische Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen, wenn die Gelegenheit günstig ist.

Das im Grundgesetz niedergelegte Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das Ansehen Deutschlands in der Welt gebieten, dass die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland beim Bundesverfassungsgericht einen neuen Verbotsantrag stellen. Dieses Signal ist Deutschland den Opfern der Nazibarbarei schuldig und – mit Blick auf die Zukunft – unseren Kindern und Enkeln. Auch sie sollen in einer freien und toleranten Gesellschaft aufzuwachsen.

Die NPD genießt den verfassungsrechtlichen Schutz einer zugelassenen Partei – in den Parlamenten, bei Veranstaltungen oder Versammlungen – und erhält Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie nutzt Steuergelder, um ihre Propaganda, vor allem unter jungen Menschen, zu betreiben.

Zwar wird mit einem Verbot nicht das wirre Denken aus den Köpfen dieser Menschen vertrieben. Aber die Möglichkeiten, andere in den „braunen Sumpf“ herabzuziehen, werden beschnitten und so Schlimmeres verhindert. Ein Verbot macht Schluss mit der NPD und der staatlichen Subventionierung der Verfassungsfeinde. Die rechtsextreme Szene wird auf Jahre hinaus empfindlich geschwächt.

4) Vergleiche u. a. „Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie“, erstellt von den Innenressorts/-senatoren der Bundesländer Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, 2009.

Die Landesregierung blendet dabei die Risiken eines Verbotsverfahrens nicht aus. Der erste Anlauf scheiterte nicht etwa aus inhaltlichen Gründen – zu einer Prüfung der Verfassungswidrigkeit durch das Verfassungsgericht kam es seinerzeit gar nicht erst. Der erste Anlauf scheiterte an den bekannten formalen Gründen. Wenn es 2001 inhaltlich geboten war, die NPD zu verbieten, ist es das heute noch viel mehr. Es gilt also, die formalen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu würdigen und umzusetzen.

Eine sorgfältige Analyse der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes kommt zu dem Ergebnis, dass dies ohne Einbußen an innerer Sicherheit geschehen kann. Polizei und Verfassungsschutz werden auch in einem laufenden Verbotsverfahren weiterhin die rechts-extreme Szene bekämpfen und beobachten dürfen.

Die Landesregierung erachtet ein Verbot der NPD für geboten. Dies setzt allerdings den engen Schulterschluss des Bundes und aller Länder voraus. Rheinland-Pfalz ist dazu bereit.

Karl Peter Bruch
Staatsminister